

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie
Saarland

Anne Otto
Norbert Schanne

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie Saarland

Anne Otto *
Norbert Schanne

* Wir bedanken uns bei bei Johannes Ludsteck für die empirische Arbeit, die diesem Bericht zugrunde liegt, bei Elke Amend und Stefan Hell für ihre Ratschläge, bei Jochen Stabler für Gestaltung und Layout und bei Heiko Latz für seine Vorarbeiten. Unser Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem Regionalen Forschungsnetz des IAB für ihre Kommentare und Anregungen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	8
2	Kurzprofil des Saarlandes	9
2.1	<i>Raumstruktur und Bevölkerungsentwicklung</i>	9
2.2	<i>Sektoraler Strukturwandel, Strukturpolitik und Wirtschaftsentwicklung</i>	11
2.3	<i>Arbeitsmarkt</i>	15
3	VALA-Analyseansatz und allgemeine Einflussfaktoren auf die regionale Beschäftigtenentwicklung	16
4	Determinanten der regionalen Beschäftigungsentwicklung	22
4.1	<i>Beobachtete Beschäftigungsentwicklung von 1993 bis 2001</i>	22
4.1.1	<i>Regionaler Vergleich</i>	22
4.1.2	<i>Saarland</i>	25
4.2	<i>Lohneffekte</i>	26
4.2.1	<i>Regionaler Vergleich</i>	26
4.2.2	<i>Saarland</i>	29
4.3	<i>Brancheneffekte</i>	30
4.3.1	<i>Regionaler Vergleich</i>	30
4.3.2	<i>Saarland</i>	35
4.4	<i>Betriebsgrößeneffekte</i>	38
4.4.1	<i>Regionaler Vergleich</i>	38
4.4.2	<i>Saarland</i>	40
4.5	<i>Qualifikationseffekte</i>	42
4.5.1	<i>Regionaler Vergleich</i>	42
4.5.2	<i>Saarland</i>	45
4.6	<i>Standorteffekte</i>	46
4.6.1	<i>Regionaler Vergleich</i>	46
4.6.2	<i>Saarland</i>	49
5	Zusammenfassende Schlussfolgerungen	50
	Anhang	53
	Literatur	57

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Wanderungen der saarländischen Bevölkerung	10
Abbildung 2:	Prozentuale jährliche Änderung des realen Bruttoinlandsprodukts 1993-2004	14
Abbildung 3:	Arbeitslosenquoten von 1993 bis 2003	15
Abbildung 4:	Jährliche durchschnittliche Änderungsraten der Beschäftigung* 1993-2001 in %	25
Abbildung 5:	Lohneffekt in Prozentpunkten	30
Abbildung 6:	Vergleich der saarländischen Brancheneffekte mit dem westdeutschen Durchschnitt	34
Abbildung 7:	Brancheneffekt in Prozentpunkten	36
Abbildung 8:	Beschäftigungsentwicklung von 1993 bis 2001 (Index (1993) =100)	37
Abbildung 9:	Gemittelte Beschäftigtenanteile* von 1993 bis 2001 nach Betriebsgrößen	40
Abbildung 10:	Betriebsgrößeneffekt in Prozentpunkten	41
Abbildung 11:	Qualifikationseffekt in Prozentpunkten	46
Abbildung 12:	Standorteffekt in Prozentpunkten	49

Kartenverzeichnis

Karte 1:	Administrative Gliederung des Saarlandes	9
Karte 2:	Durchschnittliche Wachstumsraten der Beschäftigung (in Vollzeitäquivalenten) 1993-2001	24
Karte 3:	Lohneffekte	27
Karte 4:	Brancheneffekte	32
Karte 5:	Betriebsgrößeneffekte	39
Karte 6:	Qualifikationseffekte	44
Karte 7:	Standorteffekte	48

Tabellenverzeichnis

Tabelle-A 1:	Effekte in den Bundesländern und in den Kreisen des Saarlandes	53
Tabelle-A 2:	Prozentuale Beschäftigtenanteile der Wirtschaftszweige in den Kreisen des Saarlandes	54

Kurzfassung

Im Zeitraum von 1993 bis 2001 ist das Saarland neben Bayern das einzige Bundesland, in dem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gewachsen ist. Basierend auf dem deutschlandweit angelegten Forschungsprojekt „Vergleichende Analyse der Länder-Arbeitsmärkte“ (VALA) stellt dieser Bericht die Untersuchungsergebnisse zu den Ursachen und Erklärungsfaktoren des Beschäftigungswachstums im Saarland vor. Die wichtigsten Resultate werden hier kurz genannt:

- Während der 1990er Jahre ist das geringe Lohnniveau die Hauptursache für das Beschäftigungswachstum im Saarland. Die niedrigen Arbeitskosten verleihen den saarländischen Produktionsstätten eine bessere Position im Wettbewerb. Kosten- und Preisvorteile ermöglichen höhere Absatzmengen und Gewinnspannen für die Unternehmen und tragen somit zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung bei.
- Die industrielle Basis des Saarlandes stützt sich neben der nach wie vor bedeutsamen Montan- und Stahlindustrie heute hauptsächlich auf den Maschinen- und Fahrzeugbau. Die Automobilindustrie ist die wichtigste Wachstumsbranche im Verarbeitenden Gewerbe. Dessen Beschäftigungsquote liegt immer noch über dem westdeutschen Durchschnitt, obwohl traditionelle Industriebranchen (z. B. Montanwirtschaft, Glas/Keramik) weiter an wirtschaftlicher Bedeutung verloren haben. Die heutigen Saar-Industrien werden durch Großunternehmen dominiert. Die Beschäftigungszuwächse des Dienstleistungswesens (z. B. unternehmensnahe Dienste, Finanzwesen, Gastgewerbe) fallen nur unterdurchschnittlich aus. Da die Wachstumsbranchen aus dem tertiären Sektor unterrepräsentiert sind, tragen sie in geringerem Maße zum Wachstum bei als dies in der westdeutschen Gesamtwirtschaft der Fall ist. Die Folge ist, dass sich sowohl die regionale Branchen- als auch die Betriebsgrößenstruktur negativ auf die Beschäftigung auswirken. Diese beiden Effekte sind im Saarland innerhalb von Westdeutschland mit am stärksten ausgeprägt.
- Die Qualifikationsstruktur wirkt sich ebenfalls negativ auf das regionale Wachstum aus, da der Anteil der Hochqualifizierten im Vergleich zu anderen Agglomerationsräumen nur unterdurchschnittlich hoch ist. Die Ursachen für den Akademikermangel sind die unzureichenden Ausbildungskapazitäten der Hochschulen und die Abwanderung von Hochschulabsolventen, da attraktive Erwerbsalternativen fehlen. Zwar wird hierdurch der regionale Arbeitsmarkt entlastet. Aber durch das Fehlen von hochqualifizierten Arbeitskräften entsteht für das Saarland ein strukturelles Defizit, da die Verfügbarkeit von Humanressourcen zu einem strategischen Faktor im Wettbewerb der Regionen geworden ist.

Die Arbeitslosigkeit hat sich trotz leichter Beschäftigungszuwächse im Saarland nicht verringert. Zugleich hat die Zahl der Berufspendler aus Lothringen zugenommen. Wegen ihrer niedrigeren Lohnansprüche üben sie einen zusätzlichen Druck auf das Lohnniveau aus. Sie dürften besonders von dem Beschäftigungswachstum profitiert haben. Der saarländische Arbeitsmarkt bleibt also weiterhin angespannt. Deshalb steht zu erwarten, dass der aus dem niedrigen Lohnniveau resultierende Standortvorteil für das Saarland zumindest kurzfristig erhalten bleiben wird.

1 Einleitung

Noch bis vor wenigen Jahrzehnten zählte das Saarland neben dem Ruhrgebiet bundesweit zu den bedeutendsten Montanindustrieregionen. In der Vergangenheit hat das Saarland wie kaum eine andere Region in Deutschland seinen Strukturwandel vollzogen. Durch die Kohl- und Stahlkrise wurde die dominierende Rolle der Montanindustrie aufgebrochen, so dass sich eine stärker diversifizierte industrielle Basis entwickeln konnte. Die Automobilindustrie ist mit ihren Zulieferfirmen heute das wichtigste Standbein der Saar-Industrie. Der tertiäre Sektor hat sich im Zuge des Strukturwandels zum bedeutendsten Wirtschaftsbereich der Saar-Wirtschaft entwickelt. Gleichwohl liegt der Industriebesatz des Saarlandes immer noch über und die Dienstleistungsquote unter den sektorspezifischen Referenzquoten der westdeutschen Gesamtwirtschaft.

Diesen erfolgreichen Strukturwandel hätte das Saarland nicht ohne massive Finanz- und Investitionshilfen von Seiten des Bundes und der EU realisieren können. Das Saarland wurde zu einem chronischen Dauerempfänger von externem Kapital. In den letzten Jahren haben drastische Mittelkürzungen die verfügbaren Finanzressourcen des saarländischen Landeshaushaltes stark eingegrenzt und eine Haushaltskonsolidierung mit weit reichenden Sparmaßnahmen herbeigeführt. In Zukunft ist das Saarland mehr als zuvor auf seine eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit angewiesen. Weitere strukturelle Problemlagen liegen in der hohen regionalen Arbeitslosigkeit, der Überalterung des Arbeitskräftepotenzials und dem Mangel an Hochqualifizierten begründet. Zugleich ist eine hohe Abhängigkeit der großen industriellen Zweigbetriebe von den Entscheidungen ihrer externen Firmenheadquarters gegeben.

In anderen ehemaligen deutschen Industrieräumen (z. B. Ruhrgebiet, Siegerland, Nürnberg) hat ein erfolgreicher Strukturwandel ebenfalls eine diversifizierte und dienstleistungsorientierte regionale Wirtschaft hervorgebracht. In den 1990er Jahren waren die Beschäftigungszahlen in diesen Regionen rückläufig oder stagnierten. Anders verzeichnete die Saar-Wirtschaft aber in diesem Zeitraum positive Beschäftigungszuwächse. Die Frage ist, auf welche Faktoren diese regionalen Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung zurückzuführen sind und wie sich das Beschäftigungswachstum im Saarland erklären lässt. In der Beantwortung dieser Fragestellungen liegt das Ziel der vorliegenden vergleichenden Analyse von Länderarbeitsmärkten (VALA), die vom regionalen Forschungsnetz des IAB durchgeführt wird. Mit Hilfe eines Analysemodells werden die für das regionale Wachstum förderlichen und hemmenden Einflussfaktoren in den alten und neuen Ländern identifiziert und miteinander verglichen.

Im folgenden *Kapitel 2* wird das Länderprofil des Saarlandes vorgestellt. Daran anknüpfend werden die wesentlichen Bestandteile des VALA-Analysemodells erläutert und es wird die Relevanz verschiedener Einflussgrößen auf das regionale Beschäftigungswachstum diskutiert (*Kapitel 3*). Im Rahmen des VALA-Modells wird die Art und Stärke der Einflussnahme dieser Faktoren auf die regionale Beschäftigungsentwicklung überprüft. Das *Kapitel 4* enthält – gesondert für jeden im Modell berücksichtigten Einflussfaktor – eine zweistufige Ergebnisanalyse. Im *ersten Schritt* werden die Erklärungsfaktoren der Beschäftigtenentwicklung zwischen den westdeutschen Bundesländern verglichen. Da dieser großräumige Vergleich für das Saarland als kleinstem Flächenstaat nur begrenzt aussagekräftig ist, werden ebenfalls die kleinräumigen Differenzierungen des regionalen Wachstums näher beleuchtet. In diesem Kontext stellt sich insbesondere für das Saarland die Frage, welche Faktoren die regio-

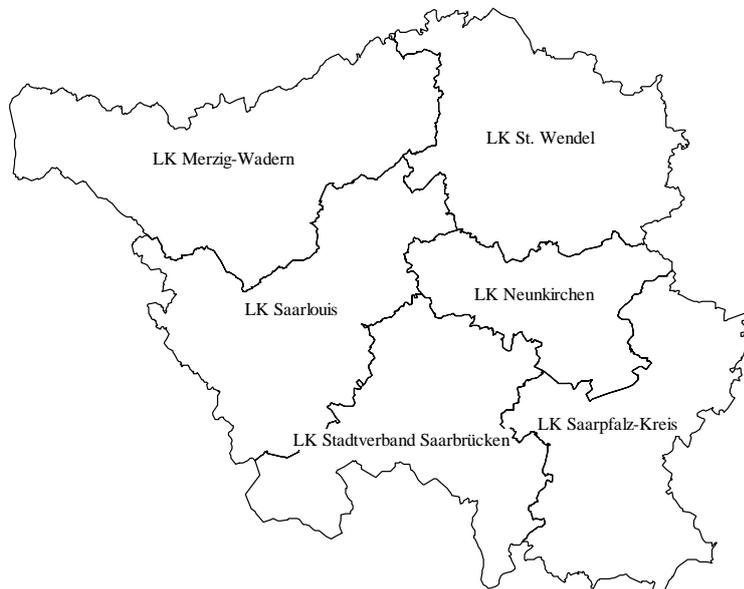
nen Entwicklungen in anderen Agglomerationsräumen und ehemaligen traditionellen Industrieräumen zu begründen vermögen. In einem *zweiten Schritt* werden die einzelnen Modelleffekte und ihr Erklärungsbeitrag zur Beschäftigungsentwicklung für die einzelnen Kreise des Saarlandes aufgezeigt und miteinander verglichen. In der *Zusammenschau der Ergebnisse (Kapitel 5)* wird erörtert, welche Faktoren die regionale Entwicklung im Saarland neben dem strukturellen Wandel beeinflussen.

2 Kurzprofil des Saarlandes

2.1 Raumstruktur und Bevölkerungsentwicklung

Wegen seiner Grenzlage sowie der früher bedeutsamen Kohlevorkommen und Montanwirtschaft unterlag das Saarland wechselnden territorialen und politischen Herrschaftsansprüchen von deutscher und französischer Seite. Nach den beiden großen Weltkriegen wurde das frühere ‚Saargebiet‘ jeweils zunächst von Frankreich verwaltet und erst viele Jahre später wieder ins deutsche Staatsgebiet eingebunden. Nach dem positiven Votum bei der Volksabstimmung im Jahre 1955 über die Rückgliederung des Saarlandes wurde es zwei Jahre später als 10. Bundesland in die Bundesrepublik integriert. Heute ist das Saarland – gemessen an seiner Bevölkerungszahl von 1,1 Mio. Einwohnern und an seiner Fläche von 2,5 Tsd. qkm – das kleinste deutsche Flächenland. Im Osten und Norden wird es von Rheinland-Pfalz und im Westen und Süden von Lothringen (Lorraine) und Luxemburg umschlossen.

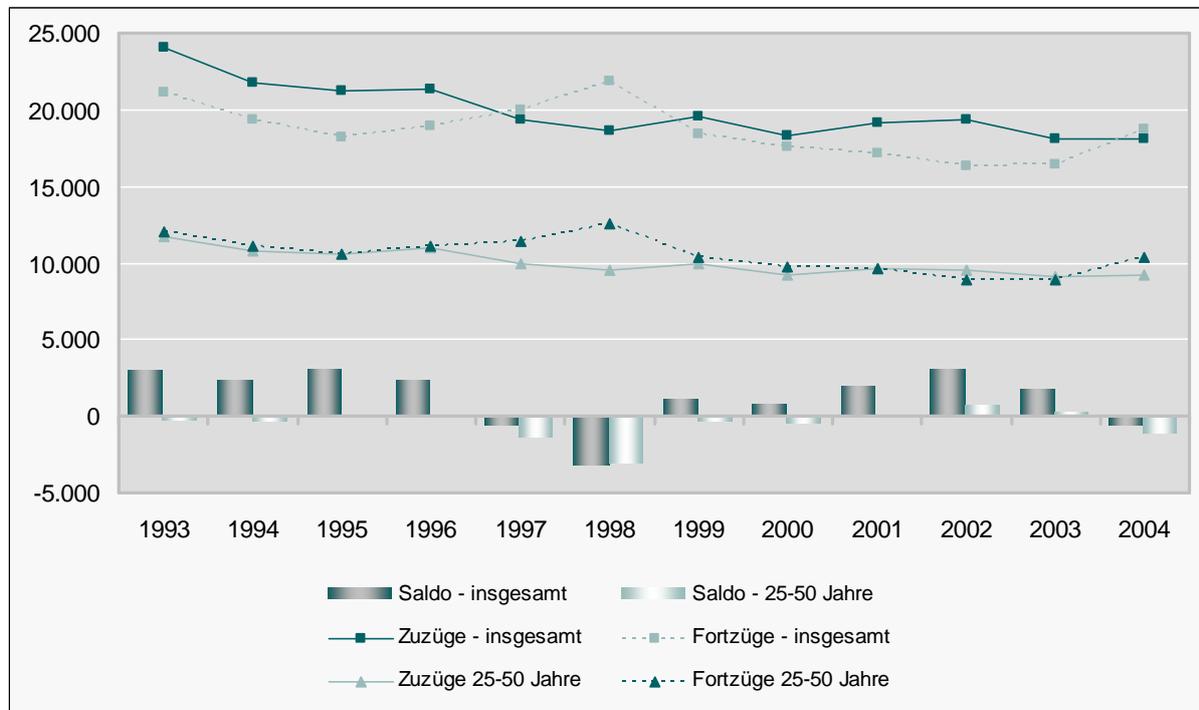
Karte 1: Administrative Gliederung des Saarlandes



Die meisten Grenzregionen im Bundesgebiet sind gering verdichtet und ländlich geprägt. Beim Saarland handelt es sich demgegenüber um einen grenzüberschreitenden Ballungsraum, der sich ausgehend von Saarbrücken in östlicher Richtung bis nach Neunkirchen, im Westen bis hin nach Völklingen und in nordwestlicher Richtung entlang der Saarschiene bis nach Merzig erstreckt. Im Süden und Südwesten schließt der saarländische Verdichtungsraum auch die lothringischen Städte Forbach, St. Avold und Sarreguemines mit ein. Nach der siedlungsstrukturellen Typisierung des Bundesamtes für Bauwe-

sen und Raumordnung (BBR) wird die Raumordnungsregion Saarland als „Agglomerationsraum“ eingestuft, aufgeteilt in die Kernstadt Saarbrücken, die hochverdichteten Kreise Neunkirchen, Saarlouis und Saarpfalz-Kreis sowie die verdichteten Kreise Merzig-Wadern und St. Wendel (Karte 1).

Abbildung 1: Wanderungen der saarländischen Bevölkerung



Quelle: Statistisches Landesamt des Saarlandes, 2005.

Im Saarland sind Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung eng miteinander verknüpft. In der Nachkriegszeit verursachte der Boom der Stahlindustrie zunächst ein hohes Bevölkerungswachstum und erforderte den Zuzug von Arbeitsmigranten. Mit dem Beginn der Kohle- und Stahlkrise setzte Ende der 1960er Jahre ein massiver Arbeitsplatzabbau ein, der dazu führte, dass insbesondere die jüngere Erwerbsbevölkerung in den 1960er und 1970er Jahren abwanderte. Die Einwohnerzahl sank von 1,13 Mio. (1965) auf 1,05 Mio. (1984) herab. Dieser Bevölkerungsverlust konnte später in den 1980er Jahren nicht wieder kompensiert werden. Allmählich stabilisierte sich die Bevölkerungsentwicklung in diesem Jahrzehnt. Dennoch sank die Einwohnerzahl des Saarlandes kontinuierlich, allein von 1993 (1,08 Mio.) bis 2004 (1,05 Mio.) um 2,4 %. Bis zum Jahr 2020 geht die Prognose des BBR von einem weiteren Bevölkerungsrückgang in der Größenordnung von 10 % aus (Bucher/Schlömer/Lackmann, 2004). Die aus der früher dominierenden Schwerindustrie resultierenden gesundheitlichen Belastungen sind mit verantwortlich für den hohen Sterbefallüberschuss (bundesweite ‚Spitzenwerte‘) sowie die unterdurchschnittliche Lebenserwartung von Männern und Frauen. Außerdem liegt die Geburtenrate auf einem äußerst niedrigen Niveau. So ist trotz der geringen Lebenserwartung die Bevölkerung überaltert, mehr als 20 % der Einwohner sind über 65 Jahre alt.

Der Bevölkerungsrückgang konnte auch nicht durch den von 1993 bis 2004 zumeist positiven Wanderungssaldo (Differenz aus Zu- und Fortzügen) überkompensiert werden (Abbildung 1). Einzig in den Jahren 1997 und 1998 übertraf die Zahl der Fortzüge diejenige der Zuzüge. Der negative Saldo in diesen beiden Jahren wurde durch eine besonders starke Abwanderung der erwerbsfähigen Bevölkerung

im Alter von 25 bis 50 Jahren verursacht. Im Unterschied zu den jüngeren bzw. älteren Altersgruppen ist der Wanderungssaldo dieser Altersgruppe in den 1990er Jahren fast durchgehend negativ. Offensichtlich sind fehlende regionale Erwerbsalternativen die Ursache für diesen Trend.

2.2 Sektoraler Strukturwandel, Strukturpolitik und Wirtschaftsentwicklung

Sektoraler Strukturwandel

Während der letzten Jahrzehnte hat der sektorale Strukturwandel die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland – als einer früheren Altindustrie- bzw. Montanregion – sehr stark geprägt (Bade, 1990). Im Jahr 2003 arbeiten im Produzierenden Gewerbe 38,3 % (Westdeutschland: 34,7 %) und im Dienstleistungswesen 61,0 % (Westdeutschland: 64,0 %) aller Beschäftigten. Im Vergleich zu den westdeutschen Durchschnittswerten sind die Dienstleistungen und das Produzierende Gewerbe im Saarland immer noch unter- bzw. überrepräsentiert.

Die Montan- und Stahlindustrie sowie die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche prägen bis heute maßgebend die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes. Im Höchststand der Montanwirtschaft arbeitete hier jeder dritte erwerbstätige Saarländer (Reindl, 2005). Die Montanwirtschaft war in den 1970er Jahren wegen steigender Energiepreise, der Ablösung von Kohle durch Erdöl als neue Leitenergie und der zunehmenden internationalen Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Interessenspolitik der ehemaligen großen Stahl- und Bergbauunternehmen bestand darin, die Ansiedlung branchenfremder Betriebe zu verhindern, da sie die Abwerbung ihrer eigenen Arbeitskräfte befürchteten (Brücher, 2005). Grabher (1993) bezeichnet solche Verflechtungen zwischen alteingesessenen Großbetrieben einer Region als Verhinderungsallianzen, wodurch regionale Erneuerungsprozesse erschwert werden. Die saarländische Wirtschaft wurde durch wenige industrielle Großbetriebe dominiert, so dass der Mittelstand und das Dienstleistungswesen lange Zeit nur eine geringe wirtschaftliche Bedeutung hatten.

Die Kohle- und Stahlkrise der 1960er Jahre brach die frühere Strukturdominanz der Montanwirtschaft. In der Eisenhütten- und Stahlindustrie sowie im Steinkohlebergbau gingen insgesamt über 80 Tsd. Arbeitsplätze verloren. Dies entspricht etwa 80 % aller saarländischen Beschäftigten vor dem Beginn der Krise im Jahr 1961. Auf den Bergbau und die Stahlindustrie entfallen heute nur noch 2,4 % bzw. 4,4 % (2004) aller Beschäftigten. In diesem Jahr wird die vorletzte Grube (Bergwerk Warndt) im Saarland stillgelegt werden. Der Stahlindustrie ist eine erfolgreiche Modernisierung und Konsolidierung gelungen. Die Dillinger Hütte und die Saarstahl AG, die beiden Stahlproduzenten des Saarlandes, haben sich auf ausgewählte Stahlprodukte spezialisiert. Die Umsätze der Stahlindustrie liegen im Jahr 2003 bei 1,8 Mrd. Euro und sind gegenüber dem Vorjahr sogar um über 30 % angewachsen (Statistisches Landesamt Saarland, 2004).

Ende der 1960er Jahre verursachte der Boom der Automobilindustrie in Baden-Württemberg einen Fachkräftemangel. Das Saarland war zu dieser Zeit wegen seiner regionalen Industriekultur, den erfahrenen und vergleichsweise niedrig entlohnten Industriearbeitskräften und der räumlichen Nähe zu Baden-Württemberg für die schwäbischen Automobilproduzenten eine geeignete Standortregion für die Ansiedlung von Zulieferbetrieben (Grewer, 2004). Die französische Automobilindustrie errichtete gleichfalls Zulieferbetriebe im benachbarten Saarland (z. B. Michelin-Reifenwerke, Homburg). Die größte Betriebsstätte und zugleich das einzige Automobilendmontagewerk sind die Ford Werke AG in Saarlouis. Die meisten Zulieferer bedienen mehrere Automobilproduzenten zugleich und sind daher

stärker in überregionale Produktionsnetzwerke eingebunden und weniger mit dem regionalen Wirkungs- und Beziehungsgefüge verhaftet (Dörrenbächer/Schultz, 2002). Die Automobilzulieferer gehören dem Fahrzeugbau, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik an. Die Gießereien aus der Stahlindustrie haben sich nach dem Wegbruch ihrer angestammten Märkte ebenfalls zu Zulieferern für den Fahrzeug- und Maschinenbau entwickelt. Die Automobilindustrie ist mit ca. 40 Tsd. Arbeitsplätzen zum wichtigsten Standbein der saarländischen Wirtschaft geworden. Im Bundesgebiet ist das Saarland nach Nordhessen (Kassel) und Stuttgart zum dritt wichtigsten Standort der Automobilzulieferindustrie avanciert (iwd, 2004). Als nachgelagerte Branche hat die Automobilindustrie durch ihre steigenden Ansprüche an die Qualität und Innovativität von Stahlprodukten die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Montanindustrie maßgeblich beeinflusst. Wegen fehlender hochwertiger Wertschöpfungsaktivitäten in den Zweigbetrieben ist die regionale Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen gering, was den Unterbesatz in diesem Dienstleistungssegment erklärt.

Strukturpolitik

Bis in die 1980er Jahre konzentrierte sich die Industrie- und Standortpolitik im Saarland auf die Modernisierung der traditionellen Saar-Industrien (z. B. Stahlindustrie) sowie auf die Etablierung neuer, aber nachgelagerter industrieller Produktionssysteme (z. B. Automobilbranche). Der Vorteil dieser Strategie lag darin, dass in beiden Fällen die bereits vorhandenen endogenen Potenziale (z. B. erfahrene Industriearbeitskräfte) genutzt werden konnten.

In den 1980er Jahren bestand das vorrangige Ziel der Strukturpolitik in der Verbesserung der regionalen Innovationsfähigkeit und der Ansiedlung von technologieintensiven Wachstumsbranchen. Zu diesem Zweck wurden umfangreiche Investitionen in den Ausbau der Forschungs- und Transferinfrastruktur getätigt, z. B. Forschungsförderung, Einführung neuer technischer Studiengänge, Errichtung von Technologie- und Gründerzentren sowie Ansiedlung von Transfereinrichtungen und anwendungsnahen Forschungsinstituten. In den 1990er Jahren wurden neben Wissenschaft und Forschung vor allem IT-Dienstleistungen sowie ausgewählte Technologiefelder gefördert. Gleichfalls standen zunehmend Existenzgründungen und Spin-off-Gründungen aus wissenschaftlichen Institutionen im Mittelpunkt des Förderinteresses (Matthäi, 2004). Heute gibt es im Saarland insgesamt 16 Gründungs- und Technologiezentren, in denen 320 Betriebe mit rund 2 Tsd. Mitarbeitern angesiedelt sind.

Die Innovationspolitik zeigt bereits Erfolge: In den letzten Jahren verzeichnete das Saarland bundesweit mit die höchsten Arbeitsplatzzuwächse in der IT-Wirtschaft (ZAV, 2005). Mit der IDS Scheer, SAP, IMC und Orbis haben sich auch einige namhafte IT-Unternehmen angesiedelt. Dennoch ist der IT-Sektor mit rund 5 Tsd. Arbeitsplätzen im Vergleich zu den traditionellen Industriesektoren recht klein (Reindl, 2005). Im Jahre 2001 erfolgte mit der ‚Innovationsstrategie für das Saarland‘ von Seiten der Regierung ein Richtungswechsel in der Förderpolitik. Seit diesem Jahr werden gezielt mehrere Cluster der Saar-Wirtschaft gefördert. Hierbei handelt es sich mit den Nano-, Bio- und Umwelttechnologien, der Medizintechnik und der IT-Wirtschaft um technologische Nischensegmente. Durch diese Nischenstrategie soll der Forschungs- und Technologiestandort Saarland auf dem Markt langfristig gestärkt werden (Saarländische Landesregierung, 2004). Durch die Förderung des automotive cluster steht seit langer Zeit erstmals wieder eine der traditionellen regionalen Industriebranchen im Mittelpunkt der Strukturpolitik. Jedoch ist die Katalysatorfunktion von Clustern für die Stimulierung der

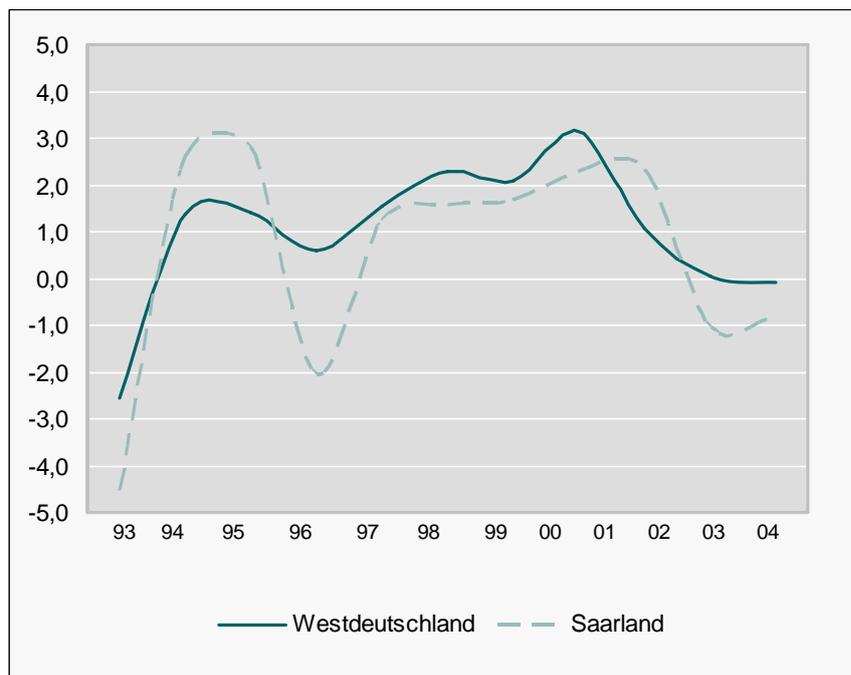
regionale Wachstumsdynamik in der Förderpraxis und in der Wissenschaft derzeit recht umstritten (Martin/Sunley, 2002; Scherer/Bieger 2001).

Die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels sowie der Aufbau einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur wären für das Saarland ohne den langfristigen Erhalt von Fördermitteln aus Mitteln des Bundes und der Europäischen Union nicht möglich gewesen. Das Saarland erhielt über Jahrzehnte umfangreiche Sonderzuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus der ‚Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)‘. Dadurch standen z. B. Fördermittel für die Subventionierung der Montanwirtschaft, den Infrastrukturausbau und unternehmerische Investitionsbeihilfen zu Verfügung. Der langfristige Erhalt von strukturkonservierenden Subventionen führte zu einer zeitlichen Verzögerung des strukturellen Wandels. Beispielsweise ermöglichte diese zeitliche Verschiebung einen ‚sanfteren sozialen‘ Übergang für zahlreiche Arbeitskräfte, die in der Vergangenheit von strukturbedingten Betriebsstilllegungen betroffen waren. Zugleich verpassten aber viele von ihnen hierdurch die Möglichkeit, ihre weitere Teilnahme am Erwerbsleben durch die Ausrichtung auf neue Berufe und Tätigkeiten abzusichern.

Für die Forcierung des regionalen Strukturwandels erhält das Saarland ebenfalls Finanzmittel aus den europäischen Strukturfonds. Schwerpunkte des saarländischen Ziel-2-Programmes von 2000-2006 liegen in dem Aus- und Umbau weiterer wirtschaftlicher Standbeine als Alternativen zur Montanwirtschaft, der Errichtung modernster Infrastrukturen für eine leistungsfähige Wirtschaft, in der Arbeitsmarktförderung (z. B. Qualifizierung) sowie in der Unterstützung benachteiligter Stadtgebiete. Die finanzielle Situation des Saarlandes wird zunehmend angespannter. In diesem Jahr entfallen seit elf Jahren erstmals die Teilentschuldungszahlungen des Bundes, so dass sich die Neuverschuldung im Vergleich zum Vorjahr auf 8,2 Mrd. Euro verdoppelt hat (Bertelsmann Stiftung, 2005). Die Mittelzuweisungen aus der Gemeinschaftsaufgabe wurden ebenfalls in den 1990er Jahren gekürzt. Aufgrund dieser Mittelkürzungen ist das Saarland als chronischer Dauerempfänger von Finanzhilfen zunehmend auf seine eigene Finanz- und Wirtschaftskraft für die Bewältigung der zukünftigen Entwicklung angewiesen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Von 1993 bis 2003 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Saarlandes (gemessen in Preisen von 1995) pro Jahr im Durchschnitt um ca. 1 % und damit etwas langsamer als im westdeutschen Gesamtdurchschnitt (+1,3 %). Die Kurvenverläufe der jährlichen Änderungsraten des realen BIP zeigen, dass insbesondere die Konjunkturabschwünge in den Jahren 1993, 1996 und 2003 wesentlich größere Ausschläge aufweisen als in der gesamten westdeutschen Wirtschaft (Abbildung 2). Eine verbesserte Auftragslage in der Automobilindustrie und durch den weltweiten Stahlboom bedingte Umsatzzuwächse in der Stahlindustrie haben die erlahmte Konjunktur im Saarland kurzfristig wieder etwas angekurbelt (Statistisches Landesamt Saarland, 2004).

Abbildung 2: Prozentuale jährliche Änderung des realen Bruttoinlandsprodukts 1993-2004

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2005), Stuttgart.

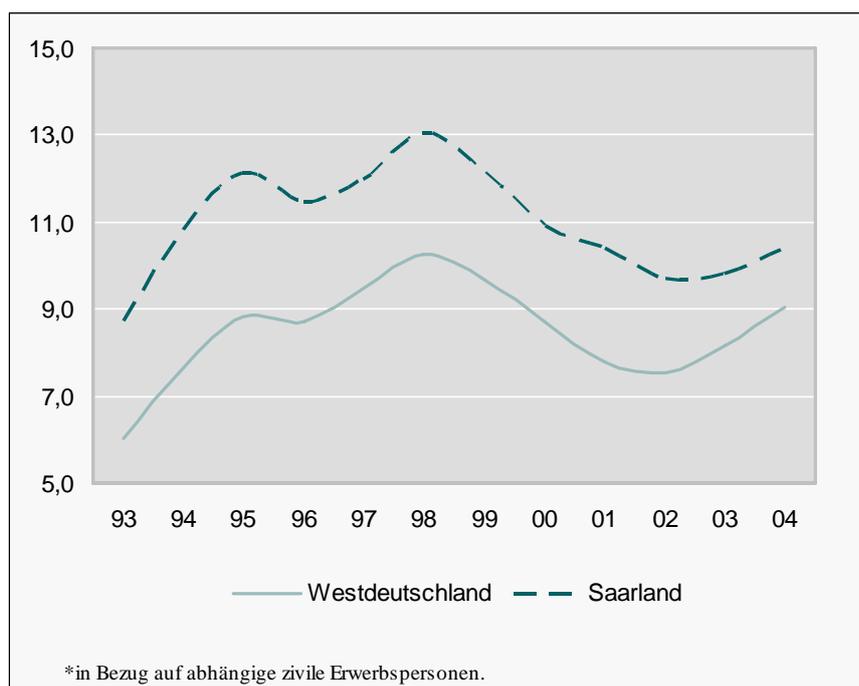
Ein Indikator für die Leistungsfähigkeit einer regionalen Ökonomie ist die Höhe des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf. Der jährliche Produktivitätszuwachs des Saarlandes liegt im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 2003 bei 0,5 % und damit deutlich unterhalb des Produktivitätsanstieges (0,9 %) der westdeutschen Gesamtwirtschaft. Erwirtschafteten die Einwohner des Saarlandes im Jahr 1993 noch 93,2 % des realen westdeutschen BIP pro Kopf, so sank dieser Anteilswert bis zum Jahr 2003 auf 88,1 % herab. Gemessen an dieser Größe ist die Bilanz für die saarländische Wirtschaft nicht unbedingt zufrieden stellend.

Da die Saar-Industrien – vor allem die Automobil- und Stahlindustrie – eine hohe Exportorientierung aufweisen, hängt die konjunkturelle Entwicklung des Saarlandes stark von der Auslandsnachfrage ab. Mehr als ein Drittel des regionalen Bruttoinlandsproduktes wird durch die Exportwirtschaft verdient. Mitte der 1990er Jahre lag die Exportquote noch 10 Prozentpunkte unterhalb der heutigen Quote in Höhe von 35 % (2003). Im Jahr 2003 beläuft sich der Wert der Warenexporte bzw. –importe auf 9,4 Mrd. Euro und 6,8 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich ein positiver Außenhandelsaldo von 2,6 Mrd. Euro. Traditionell ist Frankreich der bedeutendste Außenhandelspartner. Aber noch vor Frankreich (17,9 %) war Großbritannien mit einem Exportanteil von 20,1 % im Jahr 2003 der wichtigste ausländische Absatzmarkt. Umgekehrt stammen mehr als die Hälfte aller Einfuhren aus Frankreich (58,0 %). Der Außenhandel der Saar-Wirtschaft hängt maßgeblich von den durch die Fordwerke in Saarlouis getätigten Ausfuhren in andere EU-Länder ab. Die bedeutende Stellung von Frankreich als Einfuhr- und Ausfuhrland beruht auf den wechselseitigen Direktinvestitionen deutscher und französischer Unternehmen beiderseits der Grenze. Beispielsweise werden über die Niederlassung der Peugeot GmbH in Saarbrücken sämtliche Importe für den deutschen Markt verbucht.

2.3 Arbeitsmarkt

In den Jahren 1993 (348,2 Tsd.) bis 2001 (357,3 Tsd.) hat sich die Beschäftigtenzahl (Voll- und Teilzeitbeschäftigte) mit einem Zuwachs von 2,2 % deutlich günstiger entwickelt als in Westdeutschland insgesamt (0,1 %). Bis zum Jahr 2003 ist die Beschäftigung allerdings um 1,5 % auf insgesamt 349,6 Tsd. Beschäftigte zurückgegangen. Trotz dieser überwiegend positiven Entwicklung in den 1990er Jahren hat sich die Arbeitsmarktsituation nicht in dem gleichem Maße entspannt, sondern verschärft. Im Zeitraum 1993 bis 2003 stieg die Zahl der Arbeitslosen um insgesamt 8,1 Tsd. Personen bzw. 21,9 % an. Dabei nahm die Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen von 1993 (37,1 Tsd.) bis 1998 (54,9 Tsd.) zunächst um 48 % zu und sank anschließend bis zum Jahr 2003 wieder auf 45,2 Tsd. (2003). Die Arbeitslosenquoten des Saarlandes und von Westdeutschland zeigen ähnliche Kurvenverläufe; jedoch lag die Saar-Quote beständig um zwei bis drei Prozentpunkte oberhalb der westdeutschen Referenzquote (Abbildung 3). Seit dem Jahr 2000 weist die Saar-Quote eine steigende Tendenz auf, im Jahr 2003 beträgt sie 9,8 % (in Bezug auf die amtlichen Erwerbspersonen). Auf der Kreisebene variieren die Arbeitslosenquoten. Sie liegen im Stadtverband Saarbrücken (12,7 %) und in Neunkirchen (10,7 %) am höchsten und in Merzig-Wadern (8,1 %) sowie in St. Wendel (7,2 %) am niedrigsten (2003).

Abbildung 3: Arbeitslosenquoten von 1993 bis 2003



Als Grenzraum ist das Saarland traditionell ein Aufnahmeland für Einpendler. Die Zahl der Einpendler stieg von 1995 (42,7 Tsd.) bis 1999 (50,4 Tsd.) stark an, sank aber bis 2003 (49,0 Tsd.) wieder um 2,7 %. Anteilig stammen mehr als die Hälfte (56 %) der Einpendler aus anderen Bundesländern, vorwiegend aus Rheinland-Pfalz (43 %). Bei den übrigen Einpendlern (44 %) handelt es sich um Grenzgänger (*travailleurs frontaliers*) aus Lothringen. Die Arbeitsmärkte des Saarlandes und von Lothringen sind traditionell eng miteinander verflochten. Die Zahl der Grenzgänger aus Frankreich stieg in den 1990er Jahren zunächst um den Faktor 2,5 von 10,5 Tsd. (1990) auf 25,8 Tsd. (2001) an und sank

danach wieder auf 22,6 Tsd. (2003) herab.¹ Zwei Drittel der Grenzgänger sind Franzosen (15 Tsd.). Bei den übrigen 6,6 Tsd. Grenzgängern handelt es sich um Deutsche bzw. ‚eigene‘ Einpendler, die ihren Wohnsitz ins benachbarte Departement Moselle-Est verlegt haben und dies mit steigender Tendenz. Gründe für diese Umzüge sind die niedrigeren Preise für Baugrundstücke und Immobilien und die teils erheblichen Steuerersparnisse. Für die Lothringer ist das Saarland wegen des höheren Lohnniveaus ein attraktiver Arbeitsmarkt. Außerdem sind im Saarland mehrere französische Großbetriebe ansässig, die vielfach ihre eigenen Landsleute beschäftigen. Wegen der Sprachbarrieren und dem niedrigeren Lohnniveau wird der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt von den Saarländern aber kaum genutzt (Ramm, 1999; Dörrenbächer/Schulz, 1995). Einer Erhebung aus dem Jahr 2001 zufolge pendeln nur 1 Tsd. Saarländer ins benachbarte Frankreich und 3,1 Tsd. nach Luxemburg, wobei letztere fast alle aus Merzig-Wadern stammen (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, 2004). Der Pendlerstrom übt durch seinen Einbahnstraßencharakter sowie durch die vergleichsweise kostengünstigeren Arbeitskräfte aus Frankreich einen Druck auf den Arbeitsmarkt des Saarlandes aus. Gleichwohl profitieren die Betriebe ihrerseits bei der Mitarbeiterrekrutierung von den Potenzialen des lothringischen Arbeitsmarktes.

Insgesamt betrachtet hat das Saarland einen tief greifenden Strukturwandel erlebt. Dieser hat die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes geprägt. Als positives Resultat des Strukturwandels sind sicherlich die Beschäftigungszuwächse in den 1990er Jahren zu werten, obwohl die Arbeitslosigkeit ebenfalls weiter angestiegen ist. Vielfach unbeantwortet bleibt die Frage, welche strukturellen und regionalen Einflussfaktoren neben dem sektoralen Strukturwandel die Entwicklung der Saar-Wirtschaft in der Vergangenheit beeinflusst haben. Das Ziel des VALA-Projektes besteht in der Untersuchung dieser Fragestellung. Die Analyseergebnisse hierzu werden in den folgenden Kapiteln umrissen und diskutiert.

3 VALA-Analyseansatz und allgemeine Einflussfaktoren auf die regionale Beschäftigtenentwicklung

Das Ziel des Projektes „Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten“ (VALA) besteht in der Analyse der Ursachen für die auf regionaler Ebene voneinander abweichenden Beschäftigungsentwicklungen. Das regionale Forschungsnetz des IAB untersucht die Einflussgrößen des Beschäftigungswachstums auf verschiedenen räumlichen Aggregationsniveaus: Großräumig erfolgt der Vergleich auf der Ebene der Bundesländer und kleinräumig auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Für die Analyse der divergierenden Beschäftigtenentwicklungen zwischen Agglomerationsräumen, geringer verdichteten und ländlichen Regionen wird die siedlungsstrukturelle Kreistypisierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zugrunde gelegt. Im VALA-Projekt wird eine flächendeckende komparative Analyse der Determinanten des regionalen Beschäftigungswachstums in Ost- und in Westdeutschland realisiert.

Die Datengrundlage für das VALA-Projekt bildet die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit. Sie enthält jedoch keine Dateninformationen über Beamte,

¹ Die Ursache für den Rückgang der Pendlerzahlen zwischen 2001 und 2002 ist ein statistisches Artefakt. Seit dem Jahr 2002 werden die französischen Zeitarbeiter nicht mehr verwaltungstechnisch im Saarland erfasst, sondern am Unternehmensstandort geführt. Von dieser Änderung waren ca. 3 Tsd. Grenzgänger betroffen (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, 2004).

Selbstständige und geringfügig Beschäftigte (z. B. mithelfende Familienangehörige). Es werden jeweils stichtagsbezogene Beschäftigtendaten vom 30. Juni eines Jahres zugrunde gelegt (Arbeitsort). Zur Vermeidung von Verzerrungen durch Teilzeitarbeit werden die Arbeitsstunden in Vollzeitäquivalente umgewandelt.² Zugleich enthält die Beschäftigtenstatistik zu den versicherungspflichtig Beschäftigten noch eine Reihe von personenbezogenen Merkmalen, z. B. Berufsgruppe, Qualifikation, Löhne und Gehälter. Allerdings wird die Lohnhöhe nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherung erhoben. Die Lohndaten sind also zensiert. Aufgrund der besonderen strukturellen Arbeitsmarktbedingungen in den alten und neuen Ländern werden die Modellschätzungen für den Ost- und Westteil des Bundesgebietes getrennt durchgeführt. Der Analysezeitraum für Westdeutschland umfasst die Jahre 1993 bis 2001 und derjenige für Ostdeutschland die Jahre 1995 bis 2001.

Die Determinanten des regionalen Beschäftigungswachstums werden durch eine Shift-Share-Regression bestimmt. Dieses Regressionsverfahren stellt eine Weiterentwicklung des traditionellen Shift-Share-Ansatzes dar, der spezifische regionale Einflussfaktoren und Effekte auf die Beschäftigungsentwicklung und dahinter stehende Ursachenzusammenhänge aufdecken kann. Die zu erklärende abhängige Zielvariable des Modells ist das regionale Beschäftigungswachstum. Zum einen gibt das VALA-Analysemodell Aufschluss über allgemeine Einflussgrößen zur Erklärung des regionalen Beschäftigungswachstums. Bei diesen allgemeinen Determinanten handelt es sich um den *Branchen-, Lohn-, Qualifikations- und Betriebsgrößeneffekt*. Zum anderen weist das Modell spezifische Effekte für die einzelnen Regionen aus. Da diese Effekte von den individuellen Eigenschaften einer Region abhängen, werden sie als *Standorteffekt* bezeichnet.

Um die Effekte dieser Einflussgrößen auf das Wachstum in den westdeutschen Regionen berechnen zu können, wird der für Westdeutschland insgesamt ermittelte Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Einflussfaktor und dem Beschäftigungswachstum verknüpft mit den Werten des Einflussfaktors in der jeweils betrachteten Region. Es werden also die geschätzten Koeffizienten, welche die Stärke und die Richtung (positiv oder negativ) des Zusammenhangs zwischen dem Einflussfaktor und dem Wachstum wiedergeben, mit den regionalen Werten der Determinanten, d. h. der erklärenden Variablen, multipliziert. Auf diesem Wege werden partielle Effekte betrachtet. Die Werte der anderen Einflussgrößen werden jeweils konstant gehalten (*ceterus paribus* Annahme). Somit kann die Wirkung der einzelnen Einflussfaktoren in den Regionen auf die Beschäftigungsentwicklung gesondert voneinander analysiert werden.

Brancheneffekt

In den letzten Jahrzehnten haben sich die tertiären Wirtschaftsbereiche zu den wichtigsten Wachstumsträgern und Arbeitgebern in Deutschland entwickelt (vgl. Grömling/Weber/Lichtblau, 1998). Der strukturelle Wandel wurde nicht nur durch eine kontinuierliche Ausweitung des Dienstleistungssektors begleitet, sondern ebenso von einer zunehmenden Ausdifferenzierung tertiärer Segmente. Insbesondere die unternehmensnahen (wirtschaftsbezogenen) Dienste sind einer der Wirtschaftsbereiche mit der höchsten Wachstumsdynamik während der letzten zwei Dekaden. Demgegenüber bewirkt der zunehmende internationale Kostendruck einen langfristigen Arbeitsplatzabbau in traditionellen Industrie-

² Da keine genauen Angaben über Arbeitszeiten vorliegen, sondern nur eine Einteilung der Beschäftigten in die drei Gruppen 18 Stunden pro Woche, 18 Stunden pro Woche bis Vollzeit und Vollzeit, wurden jeweils Mittelwerte von 16, 24 und 39 Stunden pro Woche in der Analyse verwendet und diese anschließend in Vollzeitäquivalenten zusammengefasst.

branchen (z. B. Textil- und Bekleidungsindustrie), die sich im Reifestadium ihres Produktzyklus befinden. Durch den technologischen Fortschritt haben sich aber wiederum neue Marktnischen geöffnet, die durch moderne energie- und humankapitalintensive Industrien, die auf Spitzentechnologien basieren, besetzt werden (z. B. Bio-, Umwelt-, Nanotechnologien). Da sich diese Industrien noch in der Frühphase ihres Produktzyklus befinden, ist ihr zukünftiger wirtschaftlicher Erfolg gegenwärtig noch nicht absehbar.

Sofern eine Branche in einer Region dominiert (regionale Monostruktur) hängt die Beschäftigtenentwicklung dieser Region stark von den strukturellen Entwicklungen dieser einen Branche ab. Damit haben dynamische und stagnierende Prozesse in den betreffenden Branchen weit reichende positive bzw. negative Folgen für die Region. Hingegen ermöglicht eine diversifizierte regionale Branchenbasis, dass Schrumpfungsprozesse einer Branche durch Expansionen anderer Branchen aufgefangen werden. Im VALA-Analysemodell wird unter dem Brancheneffekt der Einfluss der Sektoralstruktur eines Kreises auf seine wirtschaftliche Entwicklung verstanden. Auf der Grundlage der Wirtschaftszweigesystematik aus dem Jahre 1973 (WZ 73) wird insgesamt zwischen 28 Wirtschaftszweigen differenziert (siehe im Anhang Tabelle A 2). Der Einfluss des Brancheneffektes auf die regionale Beschäftigung fällt positiv (negativ) aus, wenn sich in einer Region vorwiegend expandierende (schrumpfende) Branchen konzentrieren. Der Brancheneffekt gibt an, inwieweit das Beschäftigungswachstum der jeweils betrachteten Region vom durchschnittlichen Wachstum in Westdeutschland abweicht, weil sich die Branchenstruktur der betreffenden Region von der durchschnittlichen westdeutschen Branchenstruktur unterscheidet.

Lohneffekt

Löhne sind ein maßgeblicher Einflussfaktor auf das Beschäftigungswachstum. Für die Unternehmen entstehen durch die zu zahlenden Löhne an ihre Mitarbeiter in erster Linie Kosten. Steigende Löhne bedeuten daher zunehmende Produktionskosten und abnehmende Gewinnspannen. Eine mögliche Anpassungsreaktion ist die Substitution von Arbeitskräften durch zunehmende Investitionen in Sachkapital. Regionale Lohn disparitäten zeichnen sich durch eine hohe Persistenz aus. Dies gilt sowohl für die Lohnunterschiede zwischen den Städten und dem ländlichen Raum als auch für die hohen bzw. niedrigeren Lohnniveaus in wachstumsstarken bzw. strukturschwachen Räumen (vgl. Meusbürger/Fassmann, 1997). Somit sind Unternehmen in Regionen mit niedrigen bzw. hohen Lohnniveaus im Vor- oder Nachteil. Unter gegebener Nachfrage ist der Arbeitseinsatz bei einer Produktivitätssteigerung in den Unternehmen geringer und ihre Arbeitsnachfrage sinkt. Aber die Produktivitätsgewinne können die Unternehmen auch als Anreiz für ihre Mitarbeiter in Form einer Lohnerhöhung weitergeben. Hohe Löhne sind also auch ein Kennzeichen für besonders produktive und qualifizierte Arbeitskräfte und sollten daher nicht nur unter Kostengesichtspunkten betrachtet werden. Eine Lohnerhöhung steigert aber auch die regionale Kaufkraft und wirkt sich auf diesem Wege positiv auf die Beschäftigung aus.

Mit Hilfe des Lohneffektes sollen die Auswirkungen des regionalen Lohnniveaus auf die Beschäftigungsentwicklung abgebildet werden. Die vorherigen Ausführungen haben gezeigt, dass das Lohnniveau durch verschiedene strukturelle Faktoren beeinflusst wird. Um solche Einflüsse weitestgehend aus der Analyse auszublenden, wurden in einem ersten Schritt Relativlöhne ermittelt. Zu diesem Zweck wurden die Löhne auf der Kreisebene um die Einflüsse der Qualifikations-, Alters-, Branchen- und Betriebsgrößenstruktur mit Hilfe einer Lohnregression bereinigt. Die auf diesem Wege ermittelten

Kreiseffekte für das Lohnniveau können auch als lohnbezogene Standorteffekte bezeichnet werden. Sie fangen also Lohn-Effekte auf, die nicht über andere Variablen (z. B. Qualifikation, Alter) erklärt werden können. Die Lohnunterschiede zwischen den städtischen Zentren und den geringer verdichteten Regionen werden bei der Ermittlung der Relativlöhne ebenfalls berücksichtigt und neutralisiert.³ Daran anknüpfend wird der Effekt des bereinigten Relativlohniveaus auf die regionale Beschäftigtenentwicklung berechnet.

Der Lohneffekt wird ermittelt, indem der für den Relativlohn berechnete Koeffizient – Ausdruck für den Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Beschäftigung – mit dem jeweiligen regionalen Relativlohn verknüpft wird. Es ist aber der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der ausgewiesene Lohneffekt für eine Region die Summe von branchenspezifischen Effekten ist. Es wurden die unterschiedlichen Effekte der in einem Kreis vertretenen Branchen auf das relative Lohnniveau berücksichtigt, indem für die 28 betrachteten Branchen getrennte Koeffizienten geschätzt und in Abhängigkeit ihrer regionalen Bedeutung gewichtet und zu einem gemeinsamen Lohneffekt für die einzelnen Kreise aggregiert wurden. Dadurch wird die unterschiedliche Lohnsensibilität der Branchen berücksichtigt. Beispielsweise reagieren einige Branchen recht stark auf eine Änderung der Löhne. Wenn sich eine Region zum Beispiel auf Branchen mit einer ausgeprägten Lohnsensitivität spezialisiert hat, so wirkt sich eine Anhebung des Lohnniveaus besonders dämpfend auf das regionale Arbeitsplatzwachstum aus (Amend/Blien/Ludsteck, 2004).

Qualifikationseffekt

Infolge zunehmend verkürzter Produktzyklen nimmt die Bedeutung von Wissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen für die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsprozesse beständig zu. Wissen und Informationen werden somit zu maßgebenden Produktionsfaktoren (Thomi/Werner, 2001). Der Wertschöpfungs-, Export- und Beschäftigungsbeitrag von Branchen mit einer hohen Wissens- und Humankapitalintensität wächst kontinuierlich. Die wirtschaftliche Entwicklung regionaler Ökonomien hängt daher zunehmend stärker von deren Fähigkeit und Kompetenz ab, regionale Wissensressourcen zu identifizieren und in regionale Wertschöpfungsaktivitäten zu integrieren. Aus diesem Grund ist die Qualität der verfügbaren Humankapitalressourcen aus regionalwissenschaftlicher Sicht für die Regionen ein strategischer Faktor und eine wesentliche Determinante für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Aus ökonomischer Sicht führen die produktivitätssteigernde Effekten von Humankapital zu einer höheren Entlohnung der Hochqualifizierten (Humankapitaltheorie). Durch die gestiegenen Einkommen steigt die regionale Kaufkraft, was wiederum die regionale Entwicklung stimuliert. Neuere wachstumstheoretische Ansätze gehen davon aus, dass Investitionen in Humankapital die Triebfeder für regionales Wachstum sind, da hierdurch der technologische Wandel beeinflusst wird.

³ Zu diesem Zweck wurden die Abweichungen dieser bereinigten Löhne auf der Kreisebene in Relation zu den durchschnittlichen Löhnen des jeweiligen Siedlungsstrukturtyps errechnet. Dahinter steht die Annahme, dass die Anziehungskraft, aber auch die Lebenshaltungskosten in Räumen mit ähnlicher Siedlungsstruktur, beispielsweise in ländlichen Gegenden vergleichbar sind. Zugrunde gelegt wird die Klassifikation der Siedlungsstruktur des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.

Der Humankapitalbegriff bezieht sich auf die formalen Bildungsqualifikationen (allgemeines Humankapital) der Arbeitskräfte sowie auf ihre als *training on the job* erworbenen Berufskennnisse und Berufserfahrungen (spezifisches Humankapital). Da sich die spezifische Humankapitalkomponente aber nur schwer messen lässt und bei einem Jobwechsel teilweise oder ganz verloren geht (Abschreibungseffekte), wird in der Regression nur der formale Bildungsgrad der Beschäftigten als Einflussvariable berücksichtigt. Zu diesem Zweck wird die regionale Qualifikationsstruktur durch die Beschäftigtenanteile der Geringqualifizierten (Personen ohne oder mit unbekanntem bzw. nicht zuordnungsfähigem Abschluss), der Qualifizierten (mit abgeschlossener Berufsausbildung) und der Hochqualifizierten (mit abgeschlossenem Fachhochschul- oder Universitätsstudium) abgebildet. Der Qualifikationseffekt gibt als summarischer Indikator die Abweichungen der Region vom durchschnittlichen westdeutschen Beschäftigungswachstum an, die darauf basieren, dass sich die regionale Qualifikationsstruktur von der durchschnittlichen westdeutschen Struktur unterscheidet.

Betriebsgrößeneffekt

Ein zunehmender globaler Preis- und Konkurrenzdruck (z. B. Strukturkrisen in angestammten Branchen) sowie sich immer rascher ändernde Nachfragebedingungen zwangen die Großunternehmen zu einer verbesserten Anpassungsfähigkeit. Daher haben die Großunternehmen vielfältige Strategien zur Kostenoptimierung und Erhöhung ihrer Flexibilität in der Vergangenheit umgesetzt, z. B. Einführung schlanker und flexibler Organisations-, Prozess- und Managementstrukturen. Eine wichtige Strategie ist in diesem Zusammenhang die Auslagerung (*outsourcing*) von Betriebsteilen, z. B. an günstigere Standorte im Ausland. Dies führte dazu, dass die Großbetriebe vielfach in autonom handelnde, kleinere Einheiten zerlegt wurden. Durch diese vertikale Desintegration wurde die Produktion in steigendem Maße dezentralisiert. Dadurch haben sich auch zunehmend netzwerkartig organisierte Produktionssysteme herausgebildet, die neben regionalen und nationalen auch internationale Produktionsstandorte mit einbeziehen.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben zugleich kleine und mittlere Betriebe eine wachsende Aufmerksamkeit von Seiten der Politik, Wirtschaftsförderung und Wissenschaft erfahren. Der Grund liegt darin, dass kleinen Betrieben eine höhere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Rahmenbedingungen zugesprochen wird. Dies gilt insbesondere für wechselhafte Märkte mit individuellen Bedarfsstrukturen. Mit flexibler Spezialisierung wird eine neue Organisationsform der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung bezeichnet (Bathelt/Glückler, 2003). Die Betriebe erwerben eine spezifische Kompetenz, wenn sie sich auf einzelne Produktionsschritte spezialisieren, moderne Technologien einsetzen und Produkte in großer Varianz herstellen können. Die individuelle begrenzte Kompetenz kann entlang der Wertschöpfungskette über eine zwischenbetriebliche Arbeitsteilung ausgedehnt werden. Diese Produktionsorganisation ermöglicht es kleineren und mittleren Betrieben – sowohl in traditionellen als auch in modernen Industriebranchen – mit Großunternehmen zu konkurrieren. Zudem hat sich das Umfeld für die Gründung neuer Betriebe seit Ende der 1980er Jahre zunehmend verbessert, so dass in den letzten 15 Jahren in Deutschland in wachsender Zahl neue Kleinbetriebe gegründet wurden. Diese skizzierten Entwicklungen führten in der Vergangenheit zu deutlichen Verschiebungen der regionalen Betriebsgrößenstrukturen hin zu Gunsten der kleinen und mittleren Betriebe.

Die Betriebsgrößenstruktur spiegelt auch die Wettbewerbsintensität in einer Region wider: Beispielsweise kann die Konzentration von vielen kleineren und mittleren Betrieben aus einer Branche in einer Region einen starken Konkurrenzdruck erzeugen. Dies ist der Fall, wenn die Beschäftigten aus der

betreffenden Branche größtenteils in kleinen und mittleren Betriebe arbeiten. Verstärkt wird dieser Effekt, wenn die Betriebe aus der betreffenden Branche nicht nur um Inputfaktoren (z. B. Arbeitskräfte, Ressourcen), sondern auch um regionale Marktanteile miteinander konkurrieren.

Die Betriebsgröße wird im Analysemodell durch die Beschäftigtenanteile für die folgenden drei Betriebsgrößenklassen abgebildet: Kleinbetriebe mit unter 20 Beschäftigte, mittlere Betriebe mit 20 bis 99 Beschäftigte und große Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten. Ähnlich wie die Qualifikationseffekte werden auch die Firmengrößeneffekte zu einer gemeinsamen Kennziffer aggregiert und als summarischer Effekt ausgewiesen.

Standorteffekt

Die Ausstattung einer Region mit Standortfaktoren beeinflusst maßgeblich die Ansiedlung von Unternehmen und damit deren wirtschaftliche Entwicklung. Die Standortlehre unterscheidet zwischen harten und weichen Faktoren (Bathelt/Glückler, 2003). Unter *harten* Standortkriterien werden quantitativ messbare Kostenfaktoren wie Boden-, Transport-, und Lohnkosten subsumiert. Ein weiterer wichtiger harter Standortfaktor sind Agglomerationsvorteile, die als positive ‚externe‘ Ersparnisse aus der räumlichen Nähe von Unternehmen und wirtschaftlichen Aktivitäten resultieren. Lokalisationsvorteile erwachsen aus der räumlichen Konzentration von Betrieben aus einer Branche (Spezialisierung), während Urbanisationsvorteile aus der räumlichen Nähe von Betrieben aus unterschiedlichen Branchen (Diversifizierung) hervorgehen. Lange Zeit haben Kostenfaktoren und Ressourcenbindungen (z. B. Rohstoffvorkommen) die Standortentscheidungen von Unternehmen beeinflusst. Der Ausbau der globalen Verkehrsnetze und moderne Transporttechnologien haben in den letzten zwei Dekaden eine immense Transportkostenreduktion ermöglicht. Dadurch haben traditionelle Kostenfaktoren bei der Suche nach geeigneten Standorten für Produktionsstätten sukzessive an Bedeutung verloren. Heute benötigen die Unternehmen qualitativ hochwertige Verkehrsinfrastrukturnetze zum Aufbau effektiver Verflechtungsbeziehungen. Außerdem stehen an Stelle der Lohnkosten zunehmend qualitative Aspekte des regionalen Arbeitsmarktes im Vordergrund (Bathelt/Glückler, 2003). Die Ansiedlung eines Unternehmens in der räumlichen Nähe zu Zulieferern, Kunden und Universitäten erfolgt weniger aus Kostengesichtspunkten als aufgrund der Erwartung, hierdurch ein großes Potenzial für face-to-face-Kontakte nutzen und damit Vorteile für den Aufbau regionaler Kommunikations- und Informationsverflechtungen erlangen zu können.

Als *weiche* Faktoren werden dabei solche Einflüsse auf Standortentscheidungen verstanden, die nur schwer messbar sind und subjektiv wahrgenommen werden. Weiche Standortkriterien sind z. B. die Lebens-, Umwelt- und Freizeitqualität, das Geschäftsklima, das Standortimage sowie das regionale und politische Milieu in einer Region. Auch regionalen Netzwerken, z. B. zwischen regionalen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, wird in jüngster Zeit eine zunehmende Bedeutung für die Regionalentwicklung zuerkannt. Region und Netzwerk sind wechselseitig miteinander verknüpft: Einerseits wirkt sich ein hoher Anteil von intraregionalen Beziehungen positiv auf die Region aus. Durch die räumlich-sektorale Ballung von Unternehmen, die intraregional vernetzt sind, entstehen Synergieeffekte, von denen positive Impulse auf die Standortregion ausgehen (Sternberg, 1999). Andererseits werden die Existenz und die Qualität von Netzwerken weitgehend durch das regionale Umfeld geprägt. Neuere regionalwissenschaftliche Erklärungsansätze (z. B. Innovative Milieus, regionale Innovationssysteme) gehen davon aus, dass kollektive Lernprozesse das Ergebnis von gemeinsamen Interaktionen zwischen Akteuren in regionalen Netzwerken sind. Durch die Verflechtungen zwischen

den Akteuren entstehen und diffundieren Wissen und Innovationen. Es entsteht vor allem stillschweigendes implizites Wissen, das an Personen gebunden ist und sich am besten über face-to-face-Kontakte übertragen lässt. Daher ist die räumliche Nähe für den Austausch von implizitem Wissen besonders förderlich. Auf diesem Wege kann einer regionaler Wissens-Kapitalstock entstehen, durch den die Wettbewerbsposition einer Region gestärkt wird (Fritsch, 2003).

Modelleffekte, die durch den Qualifikations-, Branchen-, Lohn- und Betriebsgrößeneffekt nicht aufgefangen werden können und alle Branchen eines Kreises (Kreiseffekt) bzw. alle Kreise eines Bundeslandes (Bundeslandeffekt) in gleicher Weise treffen, werden durch den Standorteffect abgebildet. Die Standorteffecte können im Modell nicht weiter geklärt werden. Der Standorteffect gibt also keine Auskunft über die *Art* und *Konstellationen* der zugrunde liegenden Faktoren, sondern verweist nur darauf, *dass* solche Faktoren vorhanden sind.

4 Determinanten der regionalen Beschäftigungsentwicklung

Im vorherigen Kapitel wurden der *Branchen-, Lohn-, Qualifikations-, Betriebsgrößen- und Standorteffect* als mögliche Einflussgrößen auf das regionale Beschäftigungswachstum vorgestellt. Die Frage ist nun, welchen Beitrag diese einzelnen Effekte zur Erklärung der regionalen Unterschiede der Beschäftigungsentwicklung leisten und ob sie sich günstig bzw. ungünstig auf das regionale Wachstum auswirken. Die durch das VALA-Analysemodell ermittelten Wirkungsrichtungen und Einflussstärken dieser fünf Effekte werden zum einen im Rahmen eines **regionalen Vergleichs** analysiert. Zunächst wird ein Bundesländervergleich durchgeführt, der die Analyse großräumiger Entwicklungsunterschiede in Westdeutschland ermöglicht (siehe Anhang Tabelle A 1). Auf diesem räumlichen Aggregationsniveau sind die Unterschiede begrenzt, weshalb der regionale Vergleich auch den kleinräumigen Kontext (Kreisebene) mit einschließt; zumal es sich beim Saarland um den kleinsten Flächenstaat handelt. Von Interesse ist vor allem der Vergleich des Saarlandes mit anderen Agglomerationsräumen und traditionellen Industriestandorten. Zum anderen werden die Ausprägungen der fünf Effekte für das **Saarland** insgesamt analysiert und es werden deren Wirkungsrichtungen und Einflussstärken auf der Kreisebene miteinander verglichen. Hierbei werden die für die lokale Wirtschaft bedeutsamen kreis-spezifischen Besonderheiten der einzelnen Modelleffekte diskutiert.

4.1 Beobachtete Beschäftigungsentwicklung von 1993 bis 2001

4.1.1 Regionaler Vergleich

Den Angaben zur Beschäftigung liegen für den Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2001 Vollzeit-äquivalente zugrunde. Deshalb kann von der ermittelten Wachstumsrate nicht unmittelbar auf die Anzahl der zusätzlich entstandenen oder verloren gegangenen Arbeitsplätze geschlossen werden. Im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 2001 sank die Beschäftigung in den alten Ländern pro Jahr um 0,19 %. Mit der Ausnahme von Bayern und dem Saarland, die im genannten Zeitraum positive jährliche Zuwächse in Höhe von 0,15 % und 0,07 % aufweisen, war die Beschäftigtenzahl in allen anderen westdeutschen Ländern rückläufig. Das Nachbarland Rheinland-Pfalz verzeichnet im Durchschnitt einen jährlichen Beschäftigungsrückgang um 0,24 %; die beiden Schlusslichter bilden Hamburg und Bremen mit Schrumpfraten in Höhe von 0,38 % und 1,0 % pro Jahr. Die regionale Differenzierung der Beschäftigungsentwicklung ist auf der Kreisebene wesentlich ausgeprägter (Karte 2). Dies

verdeutlicht die große Spannweite der jährlichen Änderungsraten der Beschäftigung zwischen den Kreisen: Den niedrigsten bzw. höchsten Wert erzielen die Kreise Gelsenkirchen (-3,03 %) und Freising (+2,68 %).

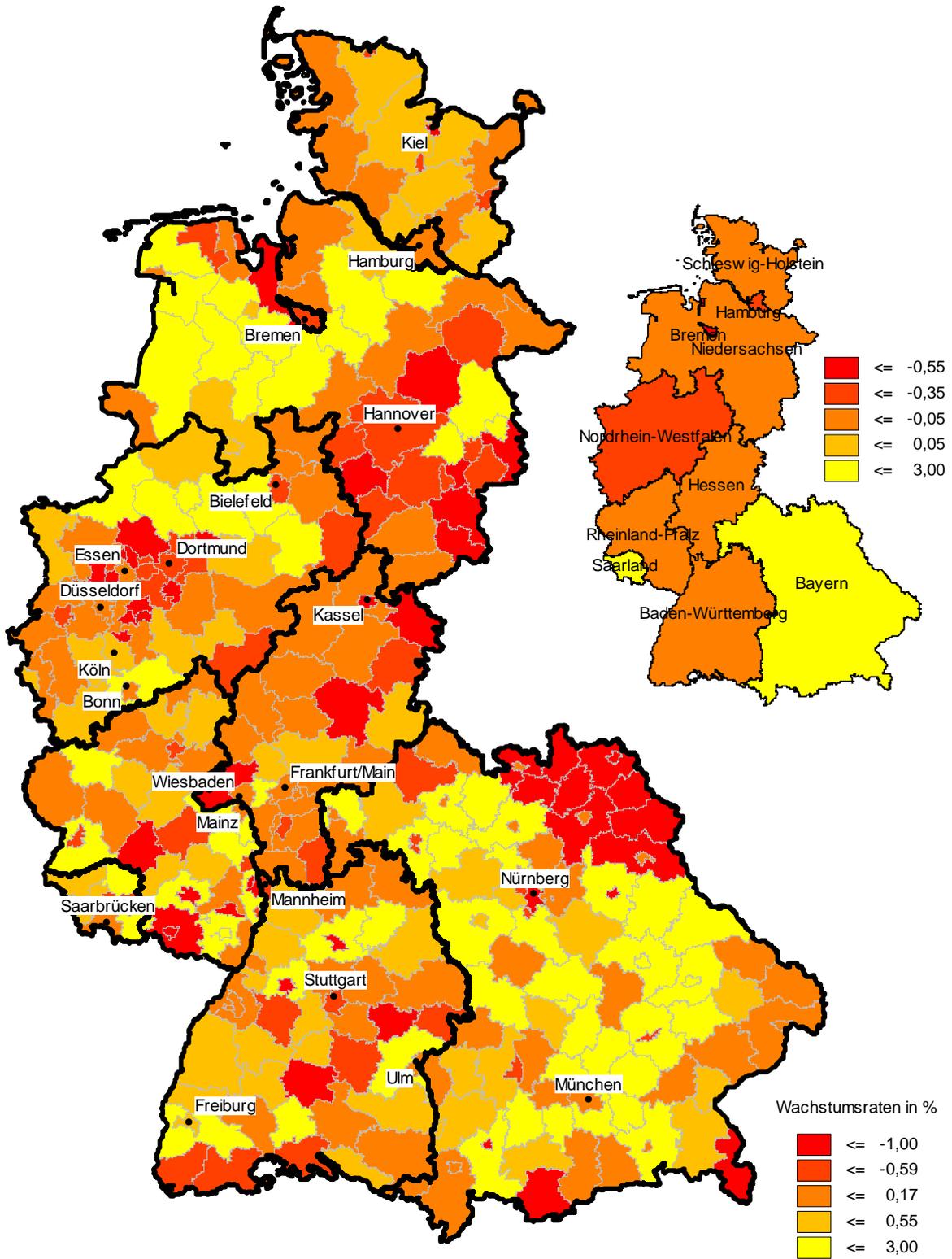
Auf der Kreisebene zeichnen sich recht deutlich die divergierenden Beschäftigungsentwicklungen zwischen den Zentren und ihren Umlandbereichen ab. Während viele Städte, vor allem die alten Industriezentren wie Saarbrücken, Nürnberg, Bremen und alle Städte des Ruhrgebiets, Beschäftigungsverluste zu verkraften haben, profitierten ihre Umlandregionen mehrheitlich von Arbeitsplatzzuwächsen. Diese Gewichtsverschiebung zu Gunsten des Umlandes ist das Resultat der fortdauernden Suburbanisierung von Arbeitsplätzen innerhalb dieser Verdichtungsräume. Ursachen der gewerblichen Stadt-Umland-Verlagerungen sind rentabilitätsmindernde Flächenengpässe und hohe Standortkosten in den Kernstädten. Für die Unternehmen besteht der Vorteil von einem Standort im Umland der Zentren darin, dass sie durch die räumliche Nähe weiterhin von den Agglomerationseffekten profitieren. Viele Umlandkommunen haben sich inzwischen als Wachstumspole in räumlicher Nähe zur Kernstadt etabliert, wodurch das Stadt-Umland-Gefälle innerhalb der Ballungsräume zunehmend aufgebrochen wird. Dadurch entwickeln sich die Ballungsräume zu mehrkernigen (polyzentralen) Stadtregionen.

Aber jüngere Untersuchungen belegen seit Ende der 1990er Jahre ein *new urban revival*, wonach die deutschen Kernstädte insgesamt seit langem erstmals wieder Beschäftigungsgewinne verbuchen konnten (Geppert/Gornig, 2003). Ähnliche Entwicklungen lassen sich beispielsweise auch beim deutschen Gründungsgeschehen in Städten beobachten (Fritsch et al., 2004). Es handelt sich hier um eine jüngere Entwicklung der letzten Jahre, die das VALA-Projekt noch nicht abbildet, da hier die Beschäftigungsentwicklung seit Anfang der 1990er Jahre untersucht wird. In Karte 2 zeigen nur die Städte Aachen, Köln und Frankfurt positive Beschäftigungszuwächse.

Charakteristisch für die regionale Wirtschaftsentwicklung der 1970er und 1980er Jahre war ein mehr oder weniger durchgängiges Süd-Nord-Gefälle in Westdeutschland. In den 1990er Jahren zeigen die meisten Kreise in Bayern und Baden-Württemberg nun auf den ersten Blick positive Wachstumsraten, vor allem in den ländlich geprägten und geringer verdichteten Regionen (Karte 2). Jedoch nahm die Beschäftigung auch in vielen ländlichen Regionen Norddeutschlands im Beobachtungszeitraum zu, z. B. im Münsterland, in Westniedersachsen und in Schleswig-Holstein. In traditionellen süddeutschen Industriezentren (z. B. Großraum Nürnberg und Mannheim) sowie in vielen Regionen des ehemaligen innerdeutschen Zonenrandgebiets (z. B. Südniedersachsen und Oberfranken) war die Beschäftigung ebenfalls rückläufig. Der Begriff „Süd-Nord-Gefälle“ ist für die Entwicklung in den 1990er Jahren demnach nicht mehr zutreffend.

In den Nachbarregionen des Saarlandes entwickelte sich die Beschäftigung recht unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz hat die Beschäftigung in den an das Saarland grenzenden Kreisen zugenommen, ausgenommen sind der Raum Kaiserslautern und der Kreis Birkenfeld. Der Arbeitsmarkt in Luxemburg ist äußerst dynamisch und verzeichnete in der Vergangenheit ein rasantes Arbeitsplatzwachstum. Hingegen stagniert die Beschäftigung in Lothringen. Als klassische Aufnahme-region für Pendler aus Rheinland-Pfalz und Lothringen erwächst damit teils ein stärkerer Druck auf den saarländischen Arbeitsmarkt.

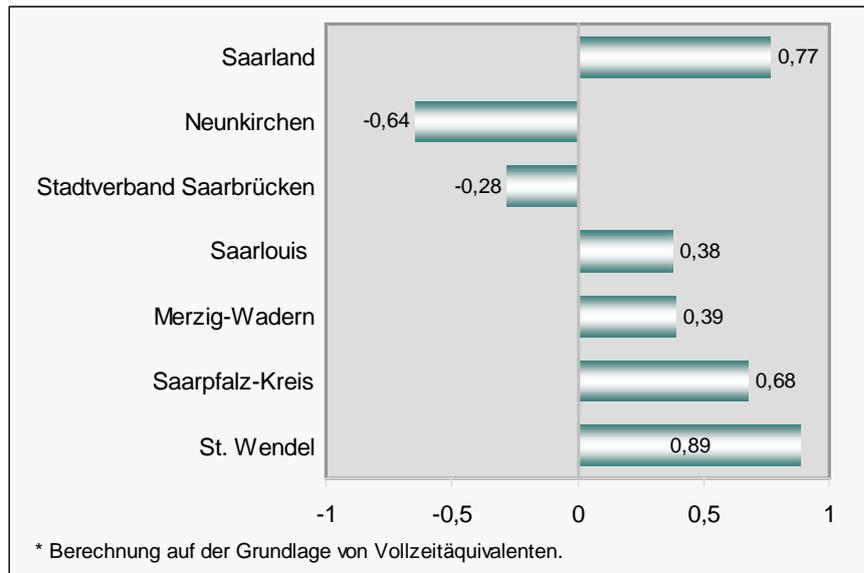
Karte 2: Durchschnittliche Wachstumsraten der Beschäftigung (in Vollzeitäquivalenten) 1993-2001



4.1.2 Saarland

Zwar verzeichnet das Saarland leichte positive Beschäftigungszuwächse im Beobachtungszeitraum; jedoch haben nicht alle saarländischen Kreise gleichermaßen von dieser günstigen Entwicklung profitiert. Im Stadtverband Saarbrücken und in Neunkirchen sank die Beschäftigtenzahl sogar durchschnittlich um -0,28 % bzw. -0,64 % pro Jahr (Abbildung 4).

Abbildung 4: Jährliche durchschnittliche Änderungsraten der Beschäftigung* 1993-2001 in %



Alle anderen Kreise des Landes verzeichnen positive Beschäftigungstrends; am höchsten liegen die jährlichen Zuwächse in St. Wendel (0,89 %) und im Saarpfalz-Kreis (0,68 %). Die zunehmende Verschiebung der wirtschaftlichen Aktivitäten in die Umlandbereiche der Kernstädte ist das Resultat der anhaltenden Suburbanisierung von Arbeitsplätzen. Nur Neunkirchen hat in der Vergangenheit nicht von dieser Entwicklung profitiert. Dennoch bildet die Landeshauptstadt mit einem Beschäftigungsanteil von 42,6 % (2001) nach wie vor das wirtschaftliche Zentrum der Region. Die zweit- und dritthöchsten Beschäftigtengewichte weisen die Kreise Saarlouis (17,9 %) und Saarpfalz (16,0 %) auf.

4.2 Lohneffekte

4.2.1 Regionaler Vergleich

Der Lohneffekt gibt den Teil des Beschäftigungswachstums an, der *ceteris paribus* – das heißt, wenn alle anderen Faktoren gleich geblieben wären – auf die regionale Lohnstruktur zurückgeführt werden kann. Er setzt sich aus den folgenden drei Komponenten zusammen:

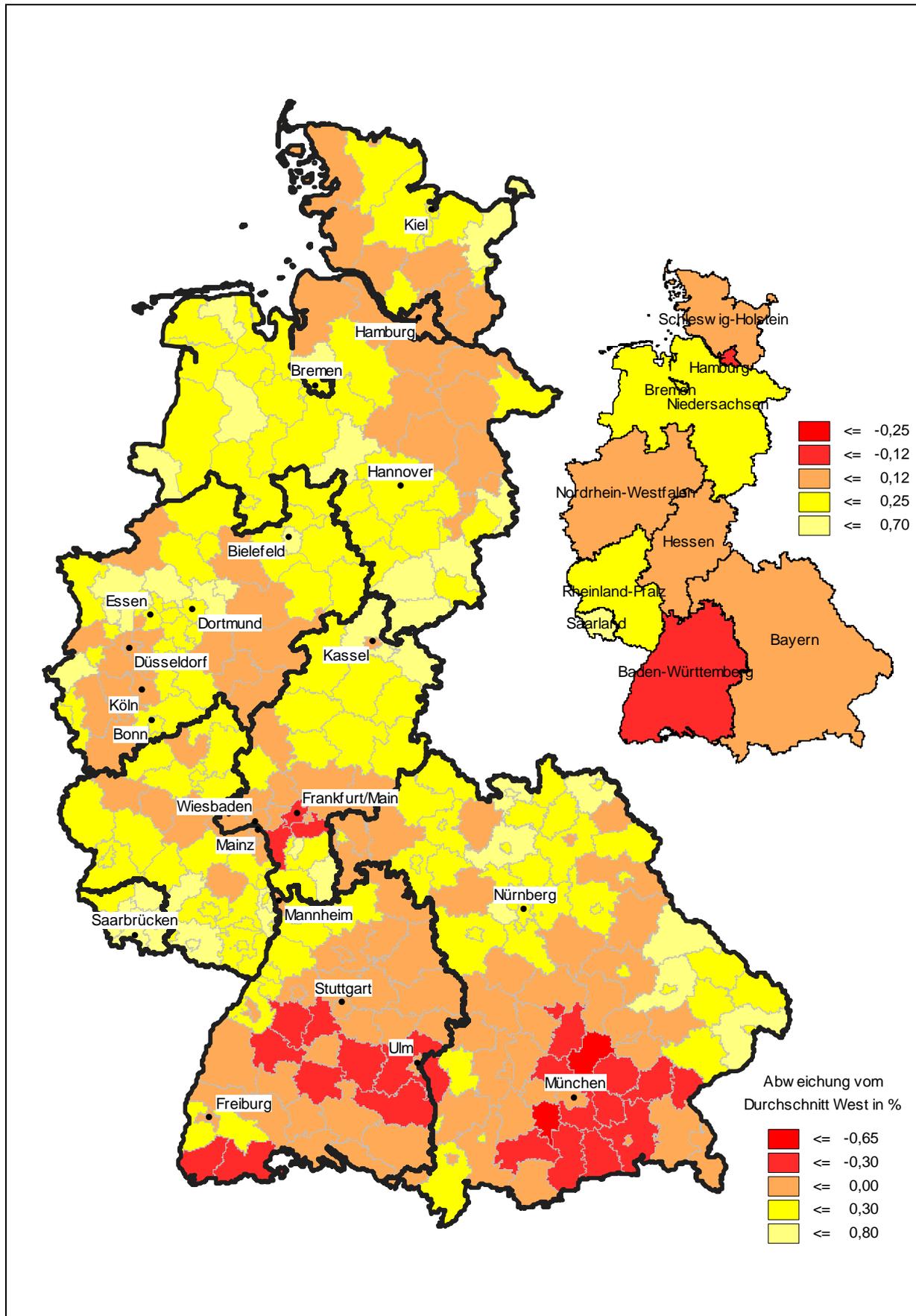
- *erstens* dem relativen Lohnniveau der betrachteten Region (auch Relativlohn genannt). Hierunter wird die rein regionsspezifische Komponente der Löhne verstanden, sprich die um die Einflüsse der Branchen-, Qualifikations-, Geschlechts- und Altersstruktur sowie um Differenzen aufgrund eines Stadt-Umland-Gefälles bereinigte Lohnstruktur.
- *zweitens* der branchenspezifischen Lohnelastizität des Beschäftigungswachstums. Diese gibt an, welche prozentualen Änderungsraten die Beschäftigung aufweisen würde, wenn das relative Lohnniveau eines Kreises um 1 % ansteigt.
- *drittens* dem regionalen Anteil der Branche an der Gesamtbeschäftigung.

Bei der Diskussion des Lohneffektes für die Regionen und für die Kreise müssen deshalb die räumlichen Verteilungen dieser drei Größen berücksichtigt werden.

Für das Saarland ergibt sich unter allen westdeutschen Bundesländern mit 0,61 Prozentpunkte der mit Abstand höchste Lohneffekt. Dies bedeutet, dass unter sonst gleichen Bedingungen die Beschäftigung im Saarland allein aufgrund des regionalen Lohnniveaus um 0,61 Prozentpunkte pro Jahr wachsen würde (Karte 3). An zweiter und dritter Stelle folgen Bremen (+0,22 Prozentpunkte) und Niedersachsen (+0,15 Prozentpunkte). Schwach positive Lohneffekte ergeben sich auch für Rheinland-Pfalz (+0,13 Prozentpunkte), Nordrhein-Westfalen (+0,08 Prozentpunkte) und Schleswig-Holstein (+0,05 Prozentpunkte). Die niedrigsten Lohneffekte verzeichnen Hamburg (-0,24 Prozentpunkte) und Baden-Württemberg (-0,14 Prozentpunkte). In diesen beiden Ländern wurden also wegen der hohen Löhne Arbeitsplätze abgebaut.

Bei kleinräumiger Betrachtung (Karte 3) lassen sich beim Lohneffekt größere zusammenhängende Regionen erkennen. Inselartig treten in Süddeutschland die Hochlohnregionen mit negativen Lohneffekten hervor, z. B. die Agglomerationen Frankfurt, München und Stuttgart sowie die Raumordnungsregionen Nordschwarzwald, Neckar-Alb und Donau-Iller (Raum Ulm). Das hohe regionale Lohnniveau wirkt sich hier noch ungünstiger auf die Beschäftigung aus als in Hamburg, das ebenfalls ein Hochlohnstandort ist. Ländlich geprägte und peripher gelegene Regionen, z. B. norddeutsche Küstenregionen, weite Teile von Rheinland-Pfalz, der Bayerische Wald sowie das frühere innerdeutsche Zonenrandgebiet, verzeichnen positive Lohneffekte. Gleichfalls wirkt sich der positive Lohneffekt in altindustriell geprägten Regionen wie im Saarland, im Ruhrgebiet oder in Südniedersachsen vorteilhaft auf die regionale Entwicklung aus.

Karte 3: Lohneffekte



Das räumliche Muster der Relativlöhne stimmt hiermit im Großen und Ganzen überein: Niedrige Löhne finden sich in früheren altindustriell geprägten Regionen sowie in fast allen Grenzgebieten. Hohe Löhne verzeichnen die städtischen Dienstleistungszentren und ihre Umlandbereiche (z. B. Großräume Hamburg, Frankfurt, Köln/Düsseldorf und München). Ausnahmen bilden das Alpenvorland sowie Württemberg, in dem nahezu alle Kreise ein überdurchschnittlich hohes Lohnniveau aufweisen.

Das Lohnniveau ist vor allem in Regionen, in denen sich ein tief greifender Strukturwandel vollzieht oder bevorsteht, niedrig. Dies trifft in erster Linie auf altindustriell geprägte Regionen wie das Saarland zu. Einerseits unterstützen die Belegschaften den strukturellen Wandel durch ihre Bereitschaft für Lohnsenkungen. Andererseits bauen die Betriebe der betroffenen Krisenbranchen Personal ab, so dass die regionale Arbeitslosigkeit ansteigt. Die Arbeitslosigkeit hat wiederum einen lohnsenkenden Effekt. Dieser negative Zusammenhang zwischen dem Lohnniveau und der Arbeitslosigkeit in einer Region, der einem ‚empirischen Gesetz‘ gleicht, wird auch als Lohnkurve bezeichnet (Blien, 2003).

Im Zentrum-Peripherie-Modell von Krugman (1991) entstehen aufgrund der räumlichen Entfernungen zwischen Zentrum und Peripherie für die dortigen Unternehmen höhere Transportkosten und damit Kostennachteile. Übertragen auf Deutschland gilt dies für die Entfernung der Grenzregionen zu den großstädtischen Verdichtungsräumen, die für die Betriebe die wichtigsten inländischen Absatzmärkte sind. Dies bedeutet, dass für Betriebe in Grenzregionen, die hauptsächlich überregionale Absatzmärkte bedienen, höhere Transportkosten anfallen. Zölle, Sprachprobleme etc. bilden weitere Kostenfaktoren in Grenznähe. Damit Grenzregionen dennoch rentable Standorte für Unternehmen bleiben, kann das Lohnniveau sinken, um die aus der Grenzlage resultierenden Kostennachteile auszugleichen.

Bei offenen Grenzen – wie in der Europäischen Union – orientiert sich das Preis- und Lohnniveau der Grenzregionen auch an dem Niveau der Nachbarländer. Aufgrund der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Verflechtungen (z. B. Pendler-, Güterströme) finden Anpassungsprozesse statt. Ist das Lohnniveau in den Nachbarländern niedriger, erzeugen die Einpendler von jenseits der Grenze mit ihren geringeren Lohnansprüchen Druck auf das Lohn- und Preisniveau im Grenzraum. Umgekehrt übt ein höheres Lohnniveau des Nachbarlandes eine Sogwirkung auf die Grenzregion aus, so dass dort Löhne und Preise steigen.

Neben der räumlichen Verteilung der Relativlöhne spielen die Lohnelastizitäten eine bedeutende Rolle beim Lohneffekt. Die Elastizitäten geben die relative Änderung des Beschäftigungswachstums an, wenn das Lohnniveau um 1 % steigt oder sinkt. Sofern Branchen durch eine hohe Lohnelastizität gekennzeichnet sind, reagieren sie besonders stark auf eine Änderung des Lohnniveaus mit Arbeitsplatzauf- oder -abbau. Für 18 der 28 Branchen ergeben sich negative Elastizitäten, sprich bei steigendem Lohnniveau werden überproportional viele Mitarbeiter entlassen und umgekehrt.⁴ Signifikant negativ sind die Lohnelastizitäten in den Wirtschaftszweigen Bergbau (-0,544), Chemie (-0,387), Verkehr/Nachrichten (-0,257) Handel (-0,229) Baugewerbe (-0,189), Fahrzeugbau (-0,149) sowie Erziehung/Unterricht (-0,156). Der einzige Sektor, für den sich dagegen eine signifikant positive Lohnelastizität ergibt, ist der öffentliche Dienst (0,135). Positive, aber insignifikante Werte treten in den Branchen Feinkeramik/Glas, Metallherstellung/-verarbeitung, Maschinenbau, Holz, Papier/Druck auf sowie in den meisten Dienstleistungsbereichen (z. B. Gastgewerbe, unternehmens-, freizeit- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen).

⁴ Dies bedeutet, dass in diesen Branchen die Beschäftigung überdurchschnittlich ansteigt, wenn die Löhne eines Kreises niedriger sind als das mittlere Lohnniveau des jeweiligen Siedlungsstrukturtyps.

Ein negativer Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigungswachstum (negative Elastizitäten) existiert offensichtlich in den Sektoren, in denen ein hoher Wettbewerbsdruck aufgrund großer Produktionskapazitäten und einer recht ähnlichen oder gut substituierbaren Produktpalette besteht. Unternehmen kalkulieren bei hoher Wettbewerbsintensität knapper, so dass die Gewinnspannen sinken und die Reagibilität gegenüber Kostenschwankungen steigt z. B. im Logistik- und Speditionswesen oder im Fahrzeugbau. Im tertiären Sektor spielen Kaufkrafteffekte eine größere Rolle. Viele Dienstleistungen sind wegen ihres immateriellen Charakters nicht transportabel und müssen deswegen beim Kunden selbst erbracht werden. Außerdem erfordert die Leistungserbringung recht häufig eine enge Abstimmung mit dem Kunden. Somit sind Regionen, die aufgrund hoher Löhne eine starke Kaufkraft und eine hohe Dienstleistungsnachfrage aufweisen, bevorzugte Ansiedlungsstandorte von Dienstleistungsanbietern, die ihre Umsätze aus Arbeitseinkommen erwirtschaften. Durch die hohen Löhne steigen aber wiederum die Produktionskosten der Dienstleistungsbetriebe. Die gegenläufigen Wirkungen von Lohnkosten und Kaufkraft bzw. höherer Leistungsnachfrage heben sich also auf. Aus diesem Grund sind die Lohnelastizitäten in den meisten Dienstleistungsbranchen positiv, aber insignifikant.

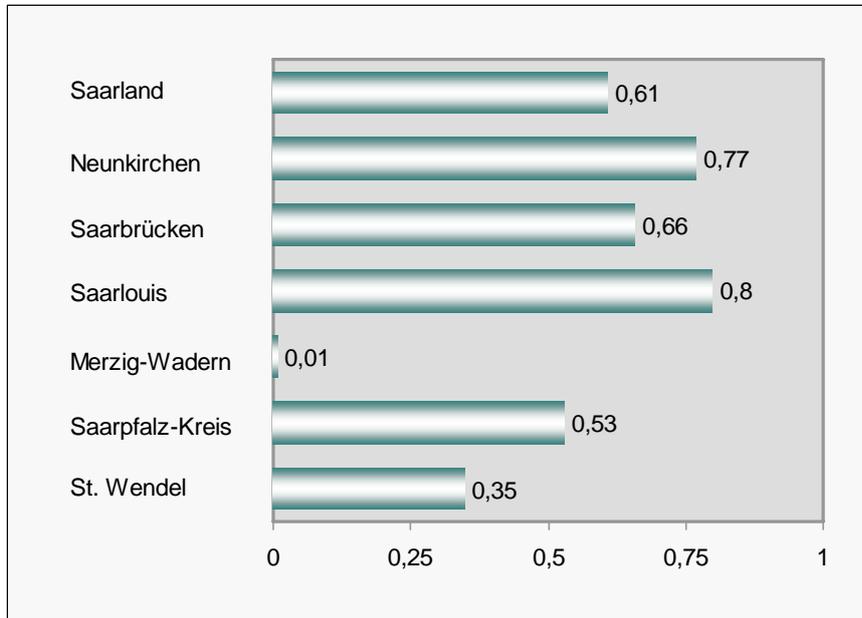
4.2.2 Saarland

Um eine Vorstellung über die Höhe des Lohnniveaus im Saarlandes zu erhalten: das mittlere Lohnniveau liegt um mehr als 3 % unter dem Westdeutschen Durchschnitt – ungeachtet qualifikatorischer, sektoraler oder anderer Unterschiede. Der regionale Vergleich hat gezeigt, dass das geringe Lohnniveau dieses Landes das Resultat aus der Überlagerung von drei verschiedenen Einflussgrößen ist: den Anpassungsmechanismen des Strukturwandels, dem negativen Zusammenhang zwischen Löhnen und Arbeitslosigkeit (Lohnkurve) sowie den durch die Grenzlage bedingten Nachbarschaftseffekten (spillovers). Während von den beiden erstgenannten Faktoren aufgrund der wirtschaftshistorischen Entwicklung des Saarlandes recht eindeutig auf einen lohnsenkenden Effekt geschlossen werden kann, ist dies bei der zuletzt genannten Einflussgröße nicht der Fall, da Lothringen und Luxemburg zwei ungleiche Nachbarn sind.

Ein Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer regionalen Ökonomie ist deren Produktivität. Diese fällt in Lothringen mit einem BIP von rund 50 Tsd. Euro je Erwerbstätigem ähnlich hoch aus wie im Saarland. Demgegenüber übertrifft das regionale BIP pro Kopf von Luxemburg diesen Wert um das Eineinhalbfache. Die Arbeitslosenquote bewegt sich in Lothringen auf einem nur geringfügig höheren Niveau als im Saarland, während in Luxemburg die Arbeitslosigkeit wegen des dynamischen und attraktiven Arbeitsmarktes sehr viel geringer ist. Eine zunehmende Zahl von grenzüberschreitenden Berufspendlern aus Lothringen und dem Saarland gehen in Luxemburg einer Beschäftigung nach (Statistisches Landesamt Saarland et al., 2002). Umgekehrt pendeln nur wenige Luxemburger und Saarländer nach Lothringen. Somit geht von Luxemburg eine lohnteigernde und von Lothringen eine lohndrückende Wirkung auf den saarländischen Arbeitsmarkt aus. Denn nach Süden ist Frankreich vom Saarland aus über gut ausgebaute Bahn-, Autobahn- und Straßenverbindungen zu erreichen. Dagegen sind die Verbindungen nach Luxemburg nicht so gut ausgebaut. Es existiert keine direkte Bahnverbindung und die Autobahnanbindung wurde erst im Jahr 2003 fertig gestellt. Die mangelnde Integration in den prosperierenden Wirtschaftsraum Luxemburg führt vermutlich dazu, dass der durch die französischen Grenzgänger erzeugte Lohndruck auf den saarländischen Arbeitsmarkt überwiegt. Durch die bestehende sektorale Struktur der saarländischen Wirtschaft wird der beschäfti-

gungswirksame Lohneffekt noch verstärkt, da das lohnsensiblere Verarbeitende Gewerbe hier überproportional vertreten ist (z. B. Fahrzeugbau).

Abbildung 5: Lohneffekt in Prozentpunkten



Innerhalb des Saarlandes sind die Lohneffekte in allen Kreisen positiv, unterscheiden sich aber in ihrer Höhe deutlich voneinander (Abbildung 5). Saarlouis (+0,80 Prozentpunkte) weist den höchsten Lohneffekt unter allen westdeutschen Kreisen auf, an zweiter Stelle folgt Neunkirchen mit +0,77 Prozentpunkten (zusammen mit dem Kreis Helmstedt/Niedersachsen). Im Saarpfalz-Kreis (+0,53 Prozentpunkte) und im Stadtverband Saarbrücken (+0,66 Prozentpunkte) fallen die Lohneffekte ebenfalls stark positiv aus. Dieses Ergebnis ist überraschend, da wegen des im Vergleich zu Saarbrücken niedrigeren Relativlohnes im Saarpfalz-Kreis ein stärkerer Lohneffekt zu erwarten gewesen wäre und nicht umgekehrt. Offenbar reagieren die in Saarbrücken vertretenen Branchen sensibler und damit stärker auf das Lohnniveau als im Saarpfalz-Kreis. Eine Ausnahme bildet Merzig-Wadern mit einem neutralen Lohneffekt von 0,01 Prozentpunkten. Dies ist der einzige Kreis, der funktionsräumlich enger mit Luxemburg verbunden ist. Deshalb wirkt sich der Lohneffekt in Merzig-Wadern weder positiv noch negativ auf die lokale Beschäftigung aus.

4.3 Brancheneffekte

4.3.1 Regionaler Vergleich

Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige in Westdeutschland

Zunächst wird gezeigt, wie sich die Branchenstruktur in Westdeutschland zwischen den Jahren 1993 und 2001 verändert hat. Zu diesem Zweck werden die prozentualen Schrumpfs- und Wachstumsraten der Beschäftigung für insgesamt 28 Wirtschaftszweige näher betrachtet. Hierbei ist zu beachten, dass die prozentualen Änderungsraten der Beschäftigung angeben, wie sich die Beschäftigung in einer Branche entwickeln würde, wenn alle anderen Rahmenbedingungen (z. B. Qualifikations-, Betriebs-

größenstruktur) dem westdeutschen Durchschnitt entsprechen. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlich beobachtbaren Beschäftigungsentwicklungen in einer Branche von den geschätzten Werten abweichen können, wenn in dem betreffenden Wirtschaftszweig eine wachstumsfördernde oder wachstumshemmende Unternehmensstruktur existiert oder wenn sich die betreffende Branche auf Hoch- oder Niedriglohnregionen konzentriert.

Die unternehmensnahen Dienstleistungen verzeichnen in Westdeutschland mit einem durchschnittlichen Zugewinn von 6,3 % pro Jahr das höchste Beschäftigungswachstum im Beobachtungszeitraum. Innerhalb der unternehmensbezogenen Dienste wird zwischen den wissensintensiven Dienstleistungen (z. B. Werbung, Rechtsberatung, Consulting oder Spezialsoftware), die einen hohen Grad an spezifischem Know-how erfordern, und den nicht-wissensintensiven Diensten unterschieden, bei denen es sich um standardisierte Unternehmenshilfsdienste wie z. B. Reinigungs-, Schreib- oder Wachdienste handelt. Bei ersteren beruht die Wachstumsdynamik auf dem steigenden Beratungs- und Werbungsbedarf sowie dem zunehmenden Einsatz von IuK-Technologien. Weitere wesentliche Ursachen für die Dynamik von sowohl wissens- als auch nicht-wissensintensiven Diensten sind die Auslagerung von unternehmenseigenen Abteilungen (*Outsourcing*) oder die zunehmende Fremdvergabe von Aufträgen an externe Dienstleistungsunternehmen (*Make-or-buy*). Das Gesundheits- und Sozialwesen ist mit einem Beschäftigungszuwachs von 2,7 % pro Jahr die zweitwichtigste Wachstumsbranche. Dahinter stehen vor allem die Überalterung der Gesellschaft, der zunehmende Anteil der Senioren in professionellen Pflegeeinrichtungen und der damit verbundene Anstieg des Personalbedarfs und der Ausgaben im Gesundheitswesen. In den alten Ländern wuchs die Beschäftigung auch in den freizeitbezogenen Dienstleistungen (1,5 %), in der Kredit- und Versicherungsbranche (1,4 %) sowie im Fahrzeugbau (1,1 %).

Von allen Branchen fallen die Beschäftigungsverluste im Bergbau mit einem Rückgang von -8,2 % pro Jahr am größten aus. Dieser Beschäftigungsabbau hängt damit zusammen, dass nach der Kohle- und Stahlkrise die Arbeitsplätze im Bergbau nicht vollständig abgebaut, sondern durch Subventionen lange ‚künstlich‘ erhalten wurden. Als Subvention diente der sogenannte Kohlepfennig zum Erhalt vieler Kohlebergwerke. Im Untersuchungszeitraum endete infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts diese traditionelle Unterstützung (Kohlekompromiss im Jahr 1997), das durch ein neues Subventionierungssystem abgelöst wurde. Hierbei sollen die Subventionen auf lange Sicht auslaufen. In der Leder- und Textilindustrie spiegeln die Beschäftigungsverluste von durchschnittlich 6,9 % pro Jahr die Verlagerung von deutschen Produktionsstätten ins Ausland wider. Dieser Prozess setzte bereits in den 1970er Jahren ein. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks verlagerten viele deutsche Schuh- und Bekleidungsunternehmen ihre Produktionsstätten in osteuropäische Staaten, wenn sie diese nicht schon in den Jahren zuvor in Asien errichtet hatten. In den traditionellen Industriebranchen Bergbau, Stahlproduktion und Textilwirtschaft existieren in Deutschland überwiegend hochgradig spezialisierte Unternehmen, die ausgewählte Marktnischen mit innovativen und qualitativ hochwertigen Produkten besetzen. Nur mit Hilfe einer solchen Nischenstrategie können sie im internationalen Wettbewerb bestehen. Mit der Gewinnung von Steinen & Erden (-4,1 %), dem Baugewerbe (-3,4 %) und der Chemieindustrie (-2,6 %) gibt es eine Reihe weiterer traditioneller Branchen in Westdeutschland, die in den 1990er Jahren Beschäftigungsverluste verkraften mussten. Gleiches gilt auch für

kleinere Branchen wie die Musik-, Schmuck- und Spielwarenindustrie (-4,3 %) und die Holzwirtschaft (-2,6 %).⁵

Brancheneffekte in den westdeutschen Bundesländern

In den Ländern Rheinland-Pfalz, Saarland und Nordrhein-Westfalen fallen die Brancheneffekte negativ aus. Die ungünstige sektorale Wirtschaftsstruktur dieser Länder hätte dort unter sonst gleich bleibenden Bedingungen jeweils Beschäftigungsverluste in Höhe von -0,25 Prozentpunkten bzw. -0,17 Prozentpunkten und -0,12 Prozentpunkten zur Folge. Die höchsten Brancheneffekte auf Bundeslandebene finden sich in den beiden Stadtstaaten Hamburg (+0,81 Prozentpunkte) und Bremen (+0,42 Prozentpunkte) sowie in Hessen (+0,26 Prozentpunkte). Die übrigen Bundesländer zeigen Effekte nahe Null. Mit anderen Worten, in diesen Ländern wirkt sich die Branchenzusammensetzung weder besonders positiv noch negativ auf die Beschäftigungsentwicklung aus.

Im kleinräumigen Kontext offenbart sich der Einfluss von regionalen Leitbranchen auf die Beschäftigungsentwicklung der Bundesländer (Karte 4): In Rheinland-Pfalz wirkt sich der durch das Chemiezentrum Ludwigshafen verursachte negative Brancheneffekt ungünstig auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Von Nachteil ist ebenso der Unterbesatz mit unternehmensnahen Dienstleistungen, da diese in geringerem Maße zur Beschäftigungsentwicklung beitragen als in der westdeutschen Gesamtwirtschaft. In Nordrhein-Westfalen resultieren aus der rückläufigen Beschäftigungsentwicklung im Bergbau (Rheinland und Ruhrgebiet) sowie in der Metallverarbeitung und in der chemischen Industrie (Bergisches Land und Münsterland) negative Brancheneffekte. Diese überwiegen die positiven Impulse der Dienstleistungszentren Köln, Bonn und Düsseldorf. In Bayern gleichen die durch die Dienstleistungsregionen München und Nürnberg-Fürth-Erlangen induzierten positiven Brancheneffekte die in den anderen Kreisen zumeist negativ ausfallenden Brancheneffekte aus. In Hessen beruht der stark positive Brancheneffekt auf der Konzentration von Banken und unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen im Großraum Frankfurt. Dies trifft auch auf die beiden Dienstleistungs- und Logistikzentren Bremen und Hamburg zu.

⁵ Die durchschnittlichen Wachstumsraten aller signifikanten Branchen sind in der dritten Spalte von Abbildung 6 dargestellt.

Karte 4: Brancheneffekte

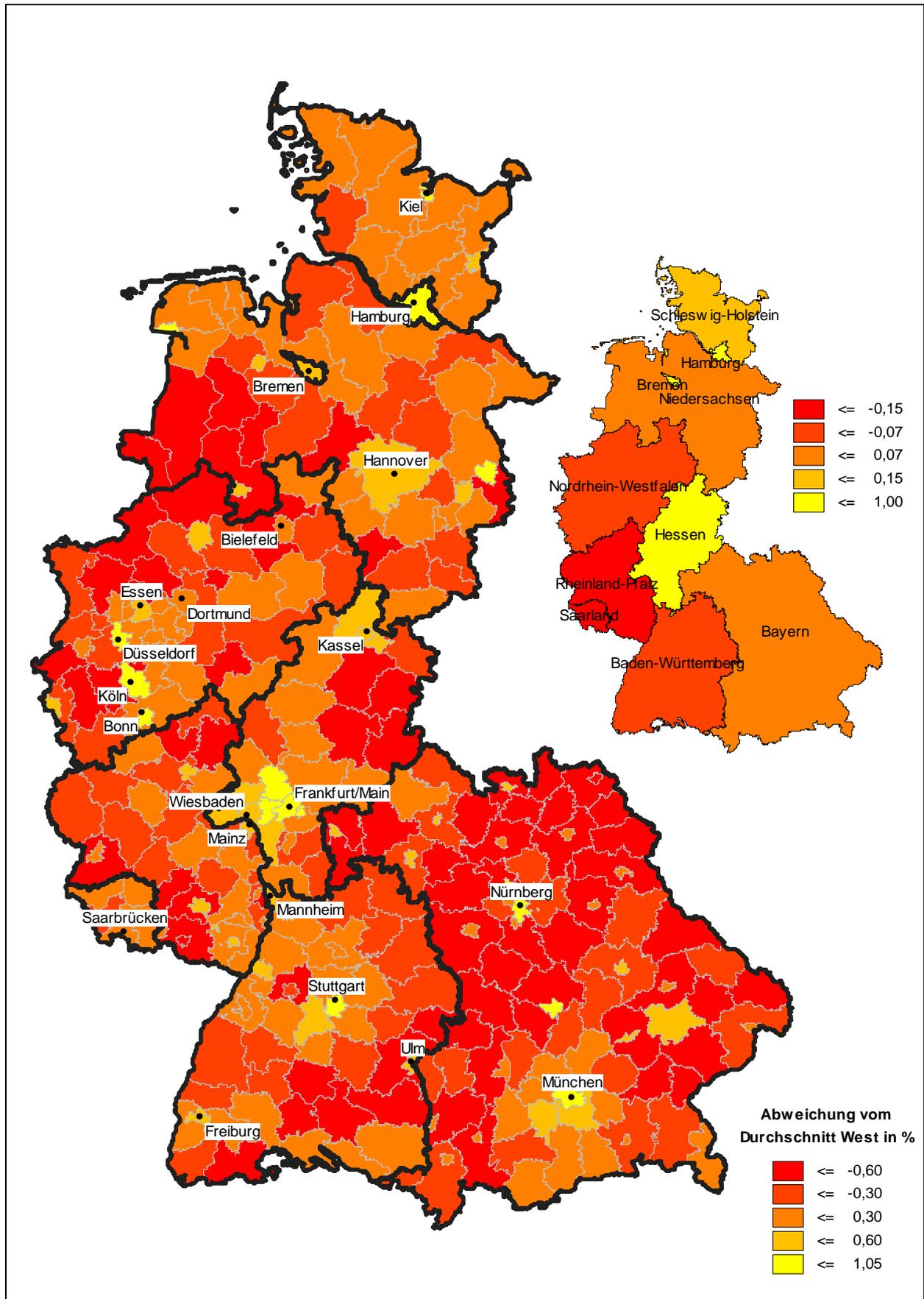


Abbildung 6: Vergleich der saarländischen Brancheneffekte mit dem westdeutschen Durchschnitt

Wachsende Branchen mit positiver Beschäftigungsentwicklung

Beschäftigungsanteile im Saarland über dem Westdurchschnitt (+ +)			
	A	B	C
Fahrzeugbau	8,06	2,85	1,07
Gesundheits- und Sozialwesen	10,09	1,49	2,68

Beschäftigungsanteile im Saarland unter dem Westdurchschnitt (+ -)			
	A	B	C
Verkehr Nachrichten	4,15	-1,01	0,71
Kredit Versicherung	3,62	-0,63	1,49
Gastgewerbe	1,73	-0,65	0,80
Vorwiegend wirtschaftsbezogene Dienstleistungen	7,56	-0,46	6,31
Freizeitbezogene Dienstleistungen	0,92	-0,44	1,50

Schrumpfende Branchen mit negativer Beschäftigungsentwicklung

Beschäftigungsanteile im Saarland über dem Westdurchschnitt (- +)			
	A	B	C
Energiewirtschaft	1,81	0,65	-1,47
Bergbau	4,19	3,61	-8,20
Feinkeramik und Glas	1,26	0,70	-1,61
Metallerzeugung und -verarbeitung	8,81	5,37	-1,61
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	5,95	0,01	-0,41

Beschäftigungsanteile im Saarland unter dem Westdurchschnitt (- -)			
	A	B	C
Chemische Industrie	0,78	-1,84	-2,61
Gewinnung von Steinen Erden	0,50	-0,41	-4,07
Maschinenbau	3,76	-0,62	-0,66
Büromaschinen EDV Elektrotechnik Optik	3,51	-3,70	-0,51
Musikinstrumente Schmuck Spielwaren	0,04	-0,14	-4,27
Holzgewerbe	1,03	-0,82	-2,55
Papier Druck	0,95	-0,79	-1,65
Leder Textil	0,41	-1,06	-6,92
Erziehung und Unterricht	2,76	-0,20	-0,43
Ernährung Tabak	2,82	-0,18	-2,21
Baugewerbe	6,97	-0,44	-3,44
Handel	13,40	-0,57	-0,58

- A) Prozentuale Anteile der Beschäftigten der Branche an allen Beschäftigten im Saarland.
 B) Abweichungen des Anteils der Beschäftigten der Branche im Saarland vom durchschnittlichen Beschäftigungsanteil der Branche in Westdeutschland.
 C) Koeffizienten, welche die Einflussrichtung und -stärke des Brancheneffektes auf das Beschäftigungswachstum anzeigen.

4.3.2 Saarland

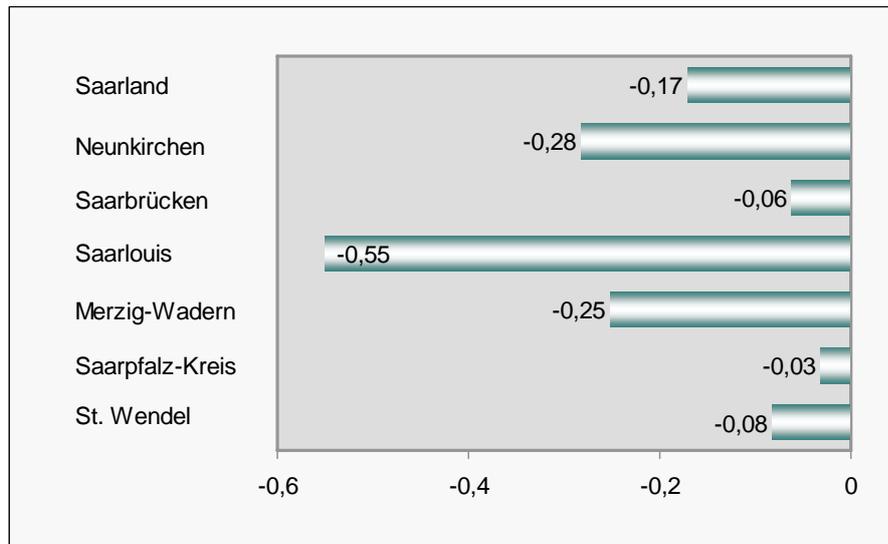
Im Beobachtungszeitraum ging die Beschäftigungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes von 36,0 % (1993) auf 32,8 % (2001) zurück, die Dienstleistungsquote stieg von 49,4 % (1993) auf 56,4 % (2001) an. Trotz des fortschreitenden Strukturwandels ergibt sich für das Saarland in den 1990er Jahren ein negativer Brancheneffekt (-0,17 Prozentpunkte). Demnach weist die Branchenstruktur dieses Landes für die Beschäftigungsentwicklung eine ungünstige Zusammensetzung auf. Dies wirft die Frage auf, welche Branchen sich im Saarland erfolgreich bzw. weniger erfolgreich entwickelt haben und über- bzw. unterrepräsentiert sind. Zu diesem Zweck werden in der Abbildung 6 die beiden Merkmale positive/negative Beschäftigungsentwicklung sowie über-/unterdurchschnittliche Beschäftigungsanteile einer Branche kombiniert. Aus der Verknüpfung dieser beiden Merkmale ergeben sich die folgenden vier Kombinationen (siehe vier Felder in Abbildung 6):

- ++: *positive Beschäftigungsentwicklung & überdurchschnittl. Beschäftigungsanteile*
- + -: *positive Beschäftigungsentwicklung & unterdurchschnittl. Beschäftigungsanteile*
- - +: *negative Beschäftigungsentwicklung & überdurchschnittl. Beschäftigungsanteile*
- - -: *negative Beschäftigungsentwicklung & unterdurchschnittl. Beschäftigungsanteile*

Alle 28 Branchen wurden entsprechend ihrer Wertepaare einer dieser vier Kombinationen zugeordnet.⁶ Zwar liegen die Beschäftigtenanteile im Bergbau (4,2 %) sowie in der Metallherstellung/Verarbeitung (8,8 %) im Jahr 2001 deutlich über den entsprechenden westdeutschen Durchschnittswerten (0,6 % bzw. 3,4 %), sie mussten aber Beschäftigungsverluste verkraften. Durch den Kohlekompromiss im Jahre 1997 wurde für das Saarland bis zum Jahr 2005 ein weit reichender Arbeitsplatzabbau im Bergbau vereinbart, der in den nachfolgenden Jahren schrittweise umgesetzt wurde (isoplan, 2002). Andere traditionelle produzierende Branchen (z. B. Glas- und Keramik-, Chemie-, Textil- und Lederindustrie) haben ebenfalls Arbeitsplätze abgebaut. Da aber die Großbetriebe der Montanwirtschaft die Ansiedlung anderer großer Industriezweige (z. B. Textil- und Chemieindustrie) verhinderten bzw. das Saarland für diese keine geeigneten Standortvoraussetzungen bot, ist die regionale Wirtschaft nicht so stark von den Restrukturierungsprozessen dieser Industriezweige betroffen.

Innerhalb des tertiären Sektors war die Beschäftigungsentwicklung in den Bereichen Gebietskörperschaften/Sozialversicherung, Erziehung/Bildung und Handel rückläufig. Demgegenüber verzeichnen die freizeit- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, das Finanzwesen sowie das Gastgewerbe Zugewinne, die aber unter den branchenspezifischen Wachstumsraten der westdeutschen Gesamtwirtschaft liegen. Außerdem sind die Beschäftigtenanteile dieser Wachstumsbranchen nur unterdurchschnittlich hoch. Deshalb tragen diese Dienstleistungsbranchen nur in geringerem Maße zum Wachstum bei als dies in Westdeutschland insgesamt der Fall ist. Die beiden einzigen Branchen, die durch ihre starke Präsenz sowie durch ihre dynamische Entwicklung einen wichtigen Beitrag zum regionalen Wachstum geleistet haben, sind der Fahrzeugbau sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Insgesamt betrachtet beruht der negative Brancheneffekt also auf einem leichten ‚Übergewicht‘ schrumpfender traditioneller Branchen gegenüber moderneren Wachstumsbranchen, die unterrepräsentiert sind.

⁶ Der Brancheneffekt des Bundeslandes ergibt sich als Summe über die Produkte der Spalten b und c.

Abbildung 7: Brancheneffekt in Prozentpunkten

Bemerkenswert sind die große wirtschaftliche Bedeutung und die dynamische Entwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens. Alle sechs Kreise verzeichnen hohe Anteilsgewinne (Abbildung 7). In Neunkirchen nahm der Beschäftigungsanteil sogar von 11,6 % (1993) auf 16,0 % (2001) zu (siehe Anhang Tabelle A 2). Die Saarländer beanspruchen u. a. wegen ihrer ausgeprägten Überalterung in hohem Maße das regionale Gesundheitssystem. Mehrere medizinische Indikatoren wie eine überdurchschnittliche Krankenquote, eine längere Krankheitsdauer oder höhere Arzneimittelausgaben belegen diese hohe Nachfrage (siehe hierzu Schröder/Nink, 2002; IHK, 2005; Techniker Krankenkasse, 2004). Im Saarland hat sich eine Überversorgung eingestellt. Ursprünglich wurde die Gesundheitsversorgung für eine größere Bevölkerung geplant.⁷ Die Einwohnerzahlen haben sich aufgrund sinkender Geburtenraten und einer kontinuierlichen Abwanderung beständig verringert (vgl. Kapitel 2.1). Aber die Kapazitäten der Gesundheitsversorgung können erst zeitverzögert angepasst werden. Verschiedene Maßnahmen wie die Einführung des Fallpauschalensystems, des saarländischen Krankenhausplans und anderweitige Sparmaßnahmen sollen diese Anpassung beschleunigen.

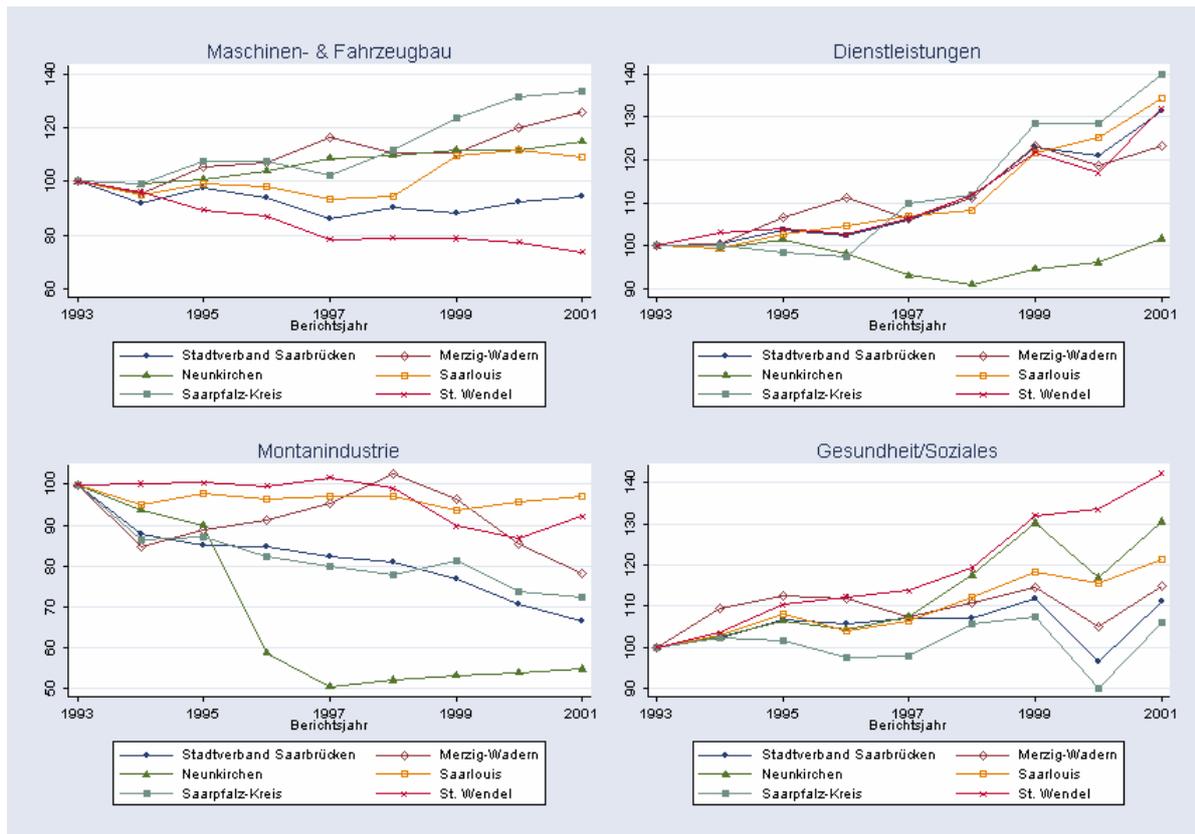
Die Betriebsstandorte der Montanindustrie (Bergbau, Stahlindustrie) befinden sich hauptsächlich in den Kreisen Saarbrücken, Saarlouis und Neunkirchen. Im Kreis Neunkirchen ging der Beschäftigungsanteil des Bergbaus von 6,3 % (1993) auf 0,1 % (2001) zurück, da zwischen den Jahren 1996 und 2000 dort schrittweise das Verbundbergwerk Göttelborn-Reden stillgelegt wurde. Dadurch gingen rund 3,2 Tsd. Arbeitsplätze verloren.⁸ Durch diese Stilllegung wurde der Großteil des im Kohlekommiss vereinbarten Stellenabbaus im saarländischen Bergbau realisiert. Über die Hälfte der Beschäftigten wurden auf andere Betriebe der Deutschen Steinkohle AG umverteilt, größtenteils auf das Bergwerk Ens Dorf (Kreis Saarlouis) (isoplan, 2002). Deshalb ist der Beschäftigungsanteil im Bergbau in Saarlouis von 4,9 % auf 5,7 % angestiegen und der Brancheneffekt (-0,55 Prozentpunkte) fällt hier stark negativ aus. Die zweite Hälfte der ehemaligen Bergwerksmitarbeiter haben verschiedene überbetriebliche Maßnahmen durchlaufen, so dass ein sozialverträglicher Beschäftigungsabbau erfolgte (isoplan, 2002). In den anderen saarländischen Kreisen ging die Beschäftigung in der Montanwirtschaft

⁷ Das Rüschemann-Gutachten aus dem Jahr 2000 empfiehlt einen Bettenabbau von über 11 % für die Lösung des Problems der Überversorgung (vgl. hierzu <http://www.justiz-soziales.saarland.de/soziales/8368.htm>).

⁸ Diese Beschäftigungsangabe bezieht sich nicht auf Vollzeitäquivalente.

im Beobachtungszeitraum ebenfalls deutlich zurück. Die Stahlindustrie verzeichnet mit der Ausnahme von Neunkirchen in allen Kreisen Anteilsverluste. Die Standortschwerpunkte der Automobilindustrie (Fahrzeug- und Maschinenbau) liegen im Saarpfalz-Kreis und in Saarlouis. Bis auf St. Wendel verzeichnet die Beschäftigung im Fahrzeug- und Maschinenbau in allen anderen Kreisen positive Zuwächse. Der hohe Zugewinn im Saarpfalz-Kreis könnte den nur schwach negativen Brancheneffekt in diesem Kreis erklären (-0,03 Prozentpunkte).

Abbildung 8: Beschäftigungsentwicklung von 1993 bis 2001 (Index (1993) =100)



Alle privaten Dienstleistungsbranchen – ausgenommen sind die Bereiche Gesundheits-/Sozialwesen und Gebietskörperschaften/Sozialversicherung – verzeichnen in den saarländischen Kreisen eine dynamische Beschäftigungsentwicklung. Die Beschäftigungszugewinne in den privaten Dienstleistungen liegen im Zeitraum 1993 bis 2001 zwischen 20 % (Merzig-Wadern) und 40 % (Saarpfalz-Kreis). Nur in Neunkirchen sank die Dienstleistungsbeschäftigung von 1993 bis 1998 um 10 % und erreichte in 2001 wieder ihren Ausgangswert. Dieser Einbruch hängt wahrscheinlich mit der Bergwerksstilllegung zusammen. Hierin ist die Ursache für den negativen Brancheneffekt in Höhe von -0,28 Prozentpunkten zu sehen. Die Zunahme der Beschäftigungsquote aus dem tertiären Sektor beruht in Neunkirchen nicht wie in den anderen Kreisen auf einer Bedeutungszunahme der privaten Dienstleistungen, sondern auf dem Beschäftigungszuwachs im öffentlichen Sektor. Auf diesen entfallen in diesem Kreis mit 25,7 % überproportional viele Beschäftigte (2001). In den anderen Kreisen ist das unternehmensnahe Dienstleistungswesen unter den privaten Dienstleistungen – vor allem in Saarbrücken – die wichtigste Wachstumsbranche.

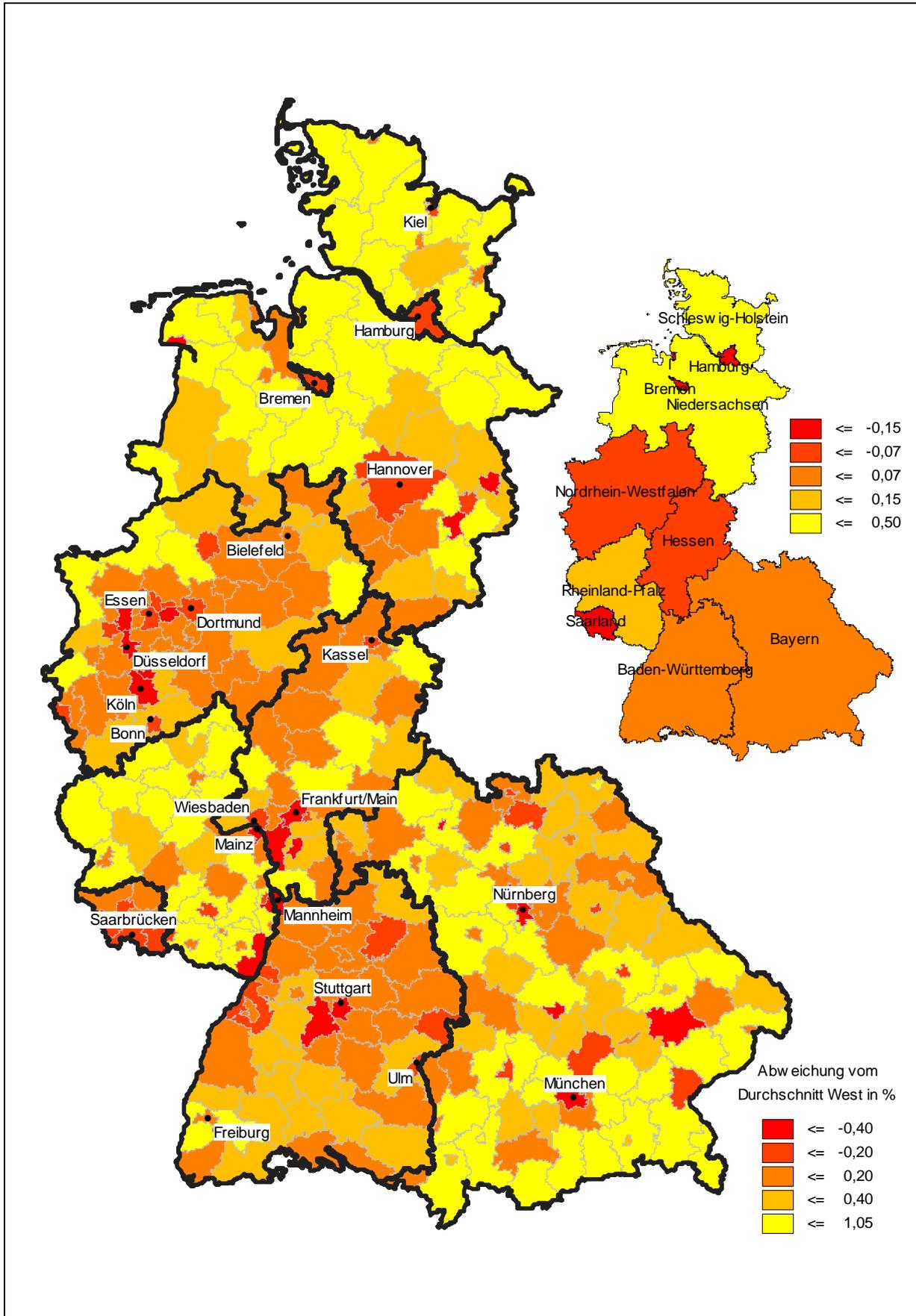
4.4 Betriebsgrößeneffekte

4.4.1 Regionaler Vergleich

Der Betriebsgrößeneffekt gibt als summarischer Effekt an, in welcher Größenordnung das Beschäftigungswachstum (*ceteris paribus*) vom Westdurchschnitt abweicht, wenn im betreffenden Kreis oder Bundesland die strukturelle Zusammensetzung von kleinen, mittleren und größeren Betrieben vom Bundesdurchschnitt abweicht. Signifikant positive Beschäftigungsimpulse erzeugen die mittleren Betriebe und eine insignifikante neutrale bzw. eine signifikant negative Beschäftigungswirkung geht von den Klein- bzw. Großbetrieben aus. Eine für das Beschäftigungswachstum vorteilhafte Betriebsgrößenstruktur findet sich in erster Linie in Schleswig-Holstein (+0,37 Prozentpunkte), Niedersachsen (+0,16 Prozentpunkte) und Rheinland-Pfalz (+0,10 Prozentpunkte) (Karte 5). Demgegenüber hat die Betriebsgrößenstruktur im Saarland (-0,18 Prozentpunkte), in Hessen (-0,11 Prozentpunkte) und in Nordrhein-Westfalen (-0,07 Prozentpunkte) einen ungünstigen Einfluss auf die Beschäftigung. Der ausgeprägte negative Betriebsgrößeneffekt im Saarland hängt damit zusammen, dass hier überproportional viele Arbeitskräfte in Großbetrieben beschäftigt sind.

Auf der Kreisebene zeigt sich beim Betriebsgrößeneffekt ein zum Brancheneffekt inverses Raummuster. Der Betriebsgrößeneffekt fällt in den Städten – mit Ausnahme einiger ehemaliger Industriezentren – aufgrund des herausragenden Dienstleistungsbereichs zumeist positiv aus. Umgekehrt fällt der Betriebsgrößeneffekt in den städtischen Zentren negativ aus, weil sich hier Großbetriebe räumlich konzentrieren. Dies trifft sowohl auf Großstädte zu, in denen zahlreiche Großbetriebe ansässig sind, als auch auf kleinere Städte, in denen sich häufig nur einer oder wenige Großbetriebe befinden. Demgegenüber profitieren ländliche Räume von einer für den regionalen Arbeitsmarkt vorteilhaften Betriebsgrößenstruktur, da die Beschäftigten hier größtenteils in kleinen und mittleren Betrieben arbeiten. Der Vorteil einer ausgewogenen Betriebsgrößenstruktur besteht darin, dass Arbeitsplatzverluste in kleinen Betrieben in der Regel recht gut durch Expansionen von anderen Klein- und Mittelbetrieben aufgefangen werden. Dies ist bei umfangreichen Entlassungen von lokalen Großbetrieben kaum möglich. Dominieren im ländlichen Raum dagegen Branchen mit wenigen großen Arbeitgebern zeigt sich wie in den Städten ein negativer Betriebsgrößeneffekt. Dies ist z. B. in den Kreisen Altötting (Bayerisches Chiemgauer Dreieck) und Dingolfing (BMW AG) der Fall. Obwohl das Modell den nachteiligen Einfluss von Großbetrieben auf das regionale Wachstum belegt, übernehmen sie als Andockstation für Klein- und Mittelbetriebe eine entscheidende Rolle für die Regionalentwicklung.

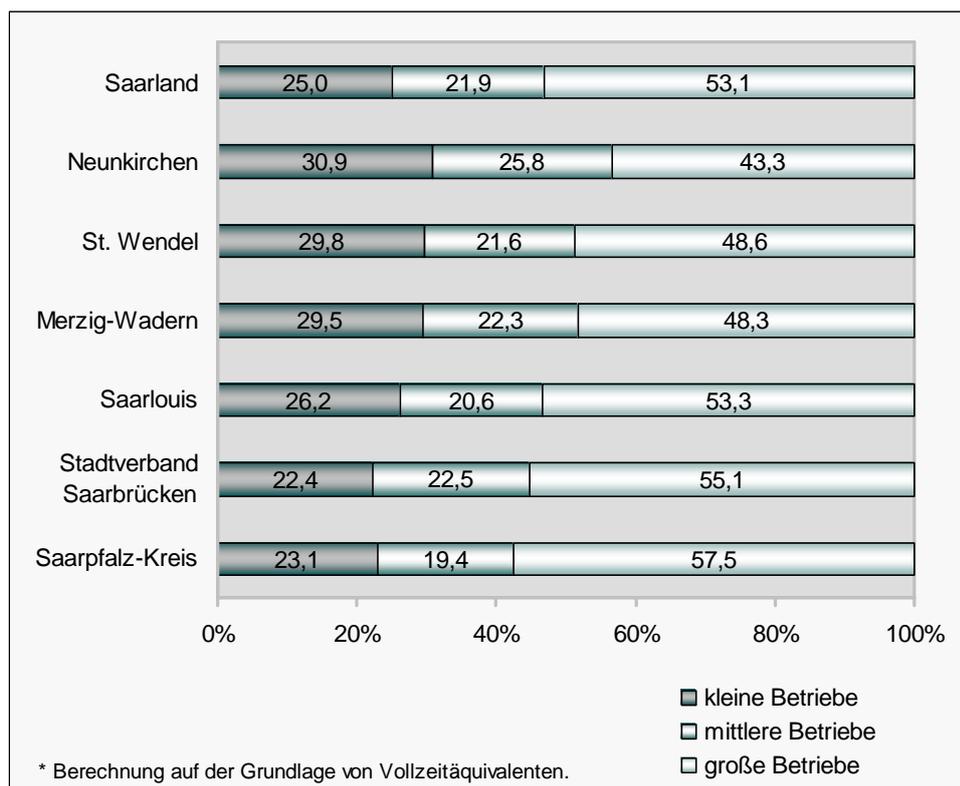
Karte 5: Betriebsgrößeneffekte



4.4.2 Saarland

Mit dem Strukturwandel ging im Saarland eine Verschiebung der Betriebsgrößenstruktur hin zu Gunsten kleinerer und mittlerer Betriebe einher. Dennoch liegt der gemittelte Beschäftigtenanteil der mittleren Betriebe im Saarland (19,5 %) im Zeitraum 1993-2001 um 2,4 % unterhalb des westdeutschen Durchschnittswertes (21,9 %). Daher fällt der Beschäftigungsanteil in Großbetrieben (53,1 %) immer noch höher aus als in der westdeutschen Gesamtwirtschaft (49,5 %). Der negative Betriebsgrößeneffekt (-0,18 Prozentpunkte) beruht also auf fehlenden beschäftigungswirksamen mittleren Betrieben. Eine mögliche Ursache für diese Struktur kann in dem überdurchschnittlich hohen Industriebesatz begründet liegen, da die wichtigsten Saar-Industrien vorwiegend großbetrieblich strukturiert sind. Umgekehrt kann hierfür aber auch der Unterbesatz mit Dienstleistungen, bei denen es sich vielfach um kleinere Betriebe handelt, verantwortlich sein. Sofern berücksichtigt wird, dass es sich bei einer Großzahl der Firmen aus der Saar-Industrie um ‚verlängerte Werkbänke‘ mit ausführenden Tätigkeiten handelt und dadurch vermutlich eine geringere unternehmensspezifische Dienstleistungsnachfrage besteht, greifen die beiden genannten strukturellen Ursachen als Erklärungsfaktoren für den negativen Betriebsgrößeneffekt.

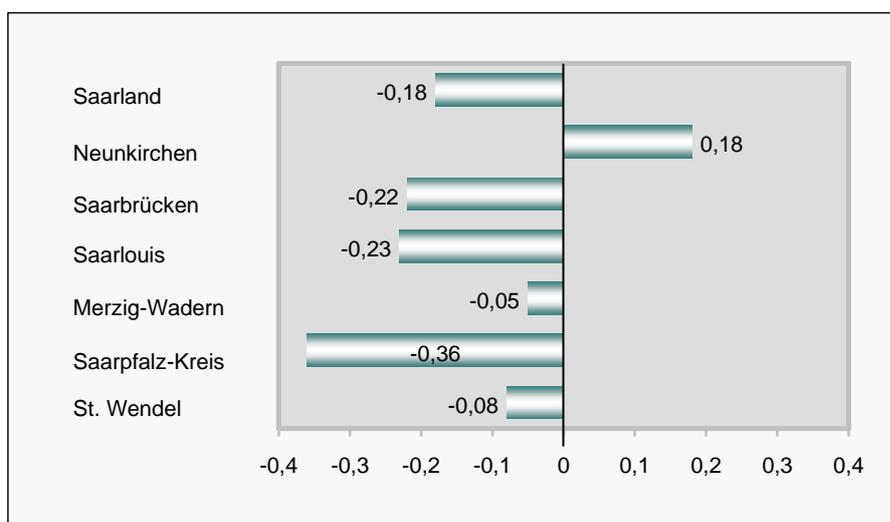
Abbildung 9: Gemittelte Beschäftigtenanteile* von 1993 bis 2001 nach Betriebsgrößen



Wenn aber die für das Zustandekommen der Betriebsgrößenstruktur verantwortlichen dynamischen Marktprozesse, insbesondere die Gründungsaktivitäten, in Betracht gezogen werden, ergibt sich ein anderes Bild. Anders als im Verarbeitenden Gewerbe, in dem wegen hoher Markteintrittsbarrieren (z. B. hohe Fixkosten) seltener gegründet wird, hängt die Entwicklung des Dienstleistungssektors in hohem Maße von den Gründungsaktivitäten ab. Das Saarland ist ein gründungsaktiver Ballungsraum mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl von Dienstleistungsgründungen in Relation zur regionalen Erwerbsbevölkerung (Otto, 2004). Jedoch haben neue Dienstleistungsfirmen hier nur unterdurch-

schnittlich hohe Überlebenschancen. In diesem Zusammenhang wird von einem Drehtüreffekt gesprochen, indem junge Betriebe mit anderen noch nicht etablierten Firmen um regionale Marktanteile konkurrieren und recht bald selbst wieder aus dem Markt ausscheiden. Sofern dieser betriebliche Ausleseprozess mit einem ‚survival of the fittest‘ verbunden ist, könnte sich diese hohe Marktdynamik – trotz geringerer Überlebenschancen der Gründungen – als Vorteil erweisen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn neben der Entwicklung der neuen Unternehmen selbst den indirekten Angebotseffekten des Gründungsgeschehens (z. B. Schaffung vielseitiger Produktangebote und –innovationen) eine wesentliche Bedeutung zukommt. Hinter der unterdurchschnittlich hohen Dienstleistungsquote verbirgt sich eine hohe Marktdynamik, die in qualitativer Hinsicht positive Wirkungen für den regionalen Strukturwandel zur Folge hat.

Abbildung 10: Betriebsgrößeneffekt in Prozentpunkten



Ein Vergleich der Betriebsgrößenstrukturen (Abbildung 9) mit dem durch das Modell ausgewiesenen Effekt (Abbildung 10) zeigt, je höher (niedriger) der Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben desto ungünstiger (günstiger) fällt der Betriebsgrößeneffekt in den saarländischen Kreisen aus. Außer in Neunkirchen ist der Betriebsgrößeneffekt in den saarländischen Kreisen durchweg negativ. Betragsmäßig liegt er in den Kreisen Merzig-Wadern (-0,05 Prozentpunkte) und St. Wendel (-0,08 Prozentpunkte) am niedrigsten, im Saarpfalz-Kreis (-0,36 Prozentpunkte), in Saarlouis (-0,23 Prozentpunkte) und in Saarbrücken (-0,22 Prozentpunkte) am höchsten. In den drei zuletzt genannten Kreisen resultiert aus den hohen Beschäftigungsanteilen der Großbetriebe ein nachteiliger Einfluss auf die regionale Arbeitsmarktentwicklung. In Saarbrücken existiert eine diversifizierte Struktur von größeren Arbeitgebern, die sich neben alteingesessenen Industriebetrieben (z. B. ZF-Getriebe) und modernen Dienstleistern (z. B. IMC, Orbis) auch aus zahlreichen öffentlichen Institutionen zusammensetzt. Im Saarpfalz-Kreis arbeitet ein Viertel aller Beschäftigten in den großbetrieblich strukturierten Branchen Maschinen- und Fahrzeugbau; in Saarlouis entfallen 29 % aller Beschäftigten auf den Fahrzeugbau sowie die Metallerzeugung und -verarbeitung. Entgegen dem bundesweiten Abwärtstrend haben die Großbetriebe dieser Branchen – mit Ausnahme der Metallindustrie – im Analysezeitraum sogar noch zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Dadurch nahm die regionale Abhängigkeit dieser beiden Kreise von der Entwicklung der Großbetriebe in den genannten Branchen weiter zu. Hierauf beruhen vermutlich die betragsmäßig hohen Betriebsgrößeneffekte in diesen beiden Kreisen.

Nur im Kreis Neunkirchen ergibt sich ein positiver Betriebsgrößeneffekt in Höhe von +0,18 Prozentpunkten, der auf einer vergleichsweise günstigen Betriebsgrößenstruktur beruht. Der Beschäftigtenanteil der großen bzw. kleinen und mittleren Betriebe liegt in Neunkirchen am niedrigsten bzw. höchsten. Dieser positive Einfluss ist angesichts der negativen Effekte in den restlichen Umlandkreisen von Saarbrücken ein überraschendes Ergebnis, zumal die Betriebsgrößenstruktur in den Umlandregionen anderer westdeutscher Großstädte ebenfalls eine negative Wirkung auf die Beschäftigung hat. Die von 1995 bis 2000 erfolgte schrittweise Stilllegung des Bergwerkes Götteborn-Reden (Kreis Neunkirchen) führte dazu, dass die Arbeitskräfte auf andere Betriebsstätten (z. B. Beschäftigungsgesellschaften) der Deutschen Steinkohle AG umverteilt wurden. Diese Stilllegung führte im Analysezeitraum zu einem Bedeutungsverlust der Großbetriebe und könnte sich als statistisches Artefakt wiederum positiv auf den Betriebsgrößeneffekt ausgewirkt haben. Das Verarbeitende Gewerbe hat in Neunkirchen nur eine untergeordnete Bedeutung. Zwar erfolgten in der Vergangenheit ebenfalls viele Ansiedlungen von größeren Industriebetrieben. Jedoch reicht die Industriequote von Neunkirchen nicht an das Niveau der Kreise Saarlouis und Saarpfalz heran, so dass Dienstleistungsarbeitsplätze in kleinen und mittleren Betrieben die größte Bedeutung für den lokalen Arbeitsmarkt haben. Es ist denkbar, dass sich hier wegen der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in Neunkirchen viele Arbeitslose eine selbstständige Existenz zum Wiedereintritt ins Erwerbsleben aufgebaut haben. Solche ‚Gründungen aus Not‘ erfolgen in der Regel im Dienstleistungsgewerbe, da der Marktzutritt in diesem Wirtschaftssegment relativ einfach ist (z. B. niedrige Startinvestitionen). Der positive Betriebsgrößeneffekt in Neunkirchen ist damit teils als statistisches Artefakt und teils als indirekte Spätfolge des problembehafteten Strukturwandels zu werten.

4.5 Qualifikationseffekte

4.5.1 Regionaler Vergleich

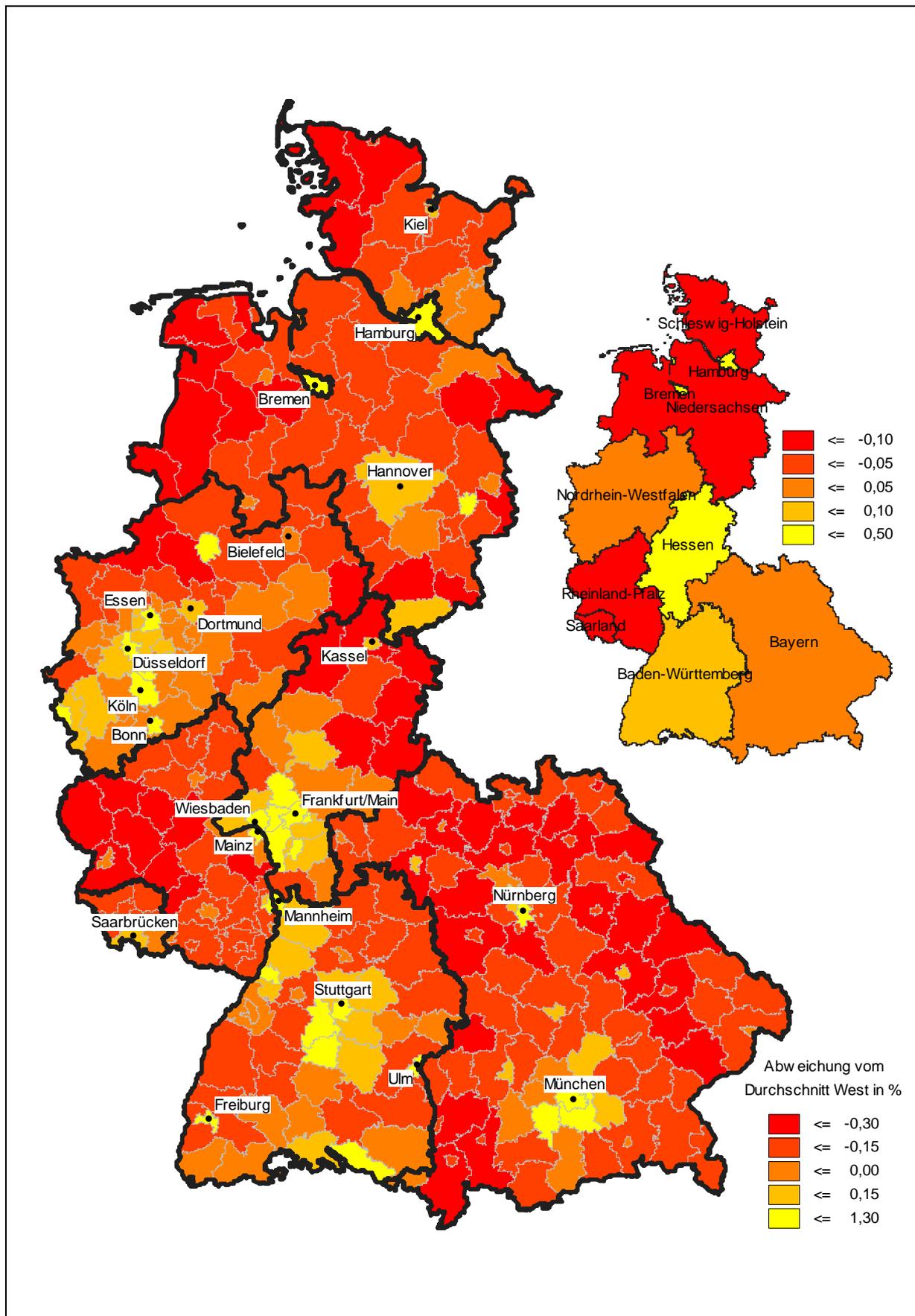
Ein weiterer Einflussfaktor auf die Beschäftigtenentwicklung ist die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer. Der Qualifikationseffekt zeigt die Differenz zwischen dem regionalen und dem durchschnittlichen westdeutschen Beschäftigungswachstum an, die auf den Abweichungen zwischen der regionalen und gemittelten westdeutschen Qualifikationsstruktur der Beschäftigten beruhen. Zu diesem Zweck wurden die Wirkungen dieser drei Qualifikationsgruppen (Geringqualifizierte, Qualifizierte und Hochqualifizierte) mit ihren Beschäftigungsanteilen gewichtet und auf der Länder- und Kreisebene aggregiert. Sie werden in Karte 6 als summarische Effekte ausgewiesen. Wegen ihrer Interdependenz lassen sich die Effekte der drei Qualifikationsanteile – im Unterschied zum Lohn effekt – nicht separat interpretieren. Steigt nämlich der Beschäftigtenanteil der Hochqualifizierten, sinkt der Anteil der Qualifizierten und/oder Geringqualifizierten und umgekehrt. Einflussrichtung und -stärke auf das Beschäftigungswachstum variieren zwischen diesen drei Qualifikationsniveaus: Für den Anteil der Beschäftigten mit mittleren Qualifikationen ergibt sich entgegen den Vermutungen ein signifikant negativer Effekt in Höhe von -0,95 %. Bei den Geringqualifizierten stellt sich ein schwach positiver Effekt ein, der aber insignifikant ist. Der Anteil der Hochqualifizierten zeigt in Übereinstimmung mit den Erwartungen eine signifikant positive Beschäftigungswirkung (6,9 %). Dieses Ergebnis lässt von den Hochqualifizierten, die unter allen Beschäftigten Westdeutschlands mit einem Anteil von gut 7,5 % deutlich unterrepräsentiert sind, bedeutsame Wachstumsimpulse erwarten. Qualifizierte Arbeitnehmer und die in ihren Köpfen verankerten Wissensressourcen bilden also auf dem Weg zur Wissensgesellschaft eine entscheidende Voraussetzung für die regionale Wettbewerbsfähigkeit.

Im Bundesländervergleich steht Hessen unter den Flächenstaaten an vorderster Position mit einem durch die Qualifikationsstruktur bedingten Wachstum in Höhe von 0,18 Prozentpunkten über dem Gesamtdurchschnitt der alten Länder. An zweiter und dritter Stelle folgen Bayern und Baden-Württemberg. Diese positiven Effekte stehen in Zusammenhang mit der hochgradigen Konzentration von Hochqualifizierten in den Ballungsräumen Frankfurt am Main, München und Stuttgart. Auch die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie die meisten anderen Großstadtreionen im Bundesgebiet profitieren von positiven Qualifikationseffekten. Unter den westdeutschen Agglomerationen bildet das Saarland mit einem negativen Effekt (-0,10 Prozentpunkte) eine Ausnahme. Nur in der Stadt Saarbrücken selbst ergibt sich ein schwach positiver Einfluss der Qualifikationsstruktur auf das Beschäftigungswachstum. Sogar andere ehemalige traditionelle Industriestandorte (z. B. Ruhrgebiet, Nürnberg und Aachen) zeigen positive Effekte. Die Länder Rheinland-Pfalz (-0,11 Prozentpunkte), Niedersachsen (-0,13 Prozentpunkte) und Schleswig-Holstein (-0,14 Prozentpunkte) weisen ebenfalls negative Werte auf.

Das räumliche Muster des Qualifikationseffektes auf der Kreisebene wird durch die inselartig hervortretenden Agglomerationsräume mit positiven Effekten geprägt und steht daher in engem Zusammenhang mit der einseitigen Konzentration der Hochqualifizierten auf die Kernstädte sowie auf deren Umlandkreise. Im Gegenzug sind die niedrigen und mittleren Qualifikationsniveaus in den Kernstädten während des gesamten Betrachtungszeitraums schwächer vertreten als in den geringer verdichteten Regionen. In den 1990er Jahren haben Konzentrationsprozesse sogar zu einer Vergrößerung der qualifikationsspezifischen Beschäftigungsdisparitäten geführt und damit zu einer weiteren Verschärfung des Zentrum-Peripherie-Gefälles beigetragen (Haas/Möller, 2001).

Welche Erklärungen gibt es für dieses räumliche Strukturmuster? Zum einen hat sich zwischen den Zentren und den geringer verdichteten Regionen eine räumlich-funktionale Arbeitsteilung herausgebildet. In den Kernstädten konzentrieren sich neben überregionalen wissensintensiven Dienstleistungen auch die unternehmerischen Entscheidungs- und Kontrollfunktionen. Für die Ausübung dieser Tätigkeiten sind hochqualifizierte Arbeitnehmer erforderlich, da hierfür nicht nur ein hoher Wissensinput erforderlich ist, sondern auch die Fähigkeit für die Generierung und Verarbeitung von Informationen und Wissen. Hingegen konzentrieren sich die ausführenden Tätigkeiten vorrangig auf die geringer verdichteten Räume (Krätke, 2004). Zum anderen befinden sich die Hochschulen größtenteils in den städtischen Zentren. Obwohl Mobilität einen Ausgleich schaffen könnte, belegen zahlreiche Studien nicht nur eine bereits ausgeprägte regionale Bindung der Studenten bei der Wahl des Hochschulstandortes, sondern nach Abschluss der Ausbildung verbleibt ebenfalls ein nicht unbeträchtlicher Teil der Absolventen am Hochschulstandort (Beyer et al., 2004). Dieser Effekt auf den regionalen Arbeitsmarkt wird durch die Förderung von Ausgründungen aus Hochschulen sowie durch die Ansiedlung von forschungs- und entwicklungsintensiven Firmen in ihrer räumlichen Nähe unterstützt. Aus der Vernetzung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren erhofft sich die Wirtschaftsförderung positive Synergien (z. B. Wissens-Spillovers), die sich auch förderlich auf die Entwicklung der gesamten Region auswirken können.

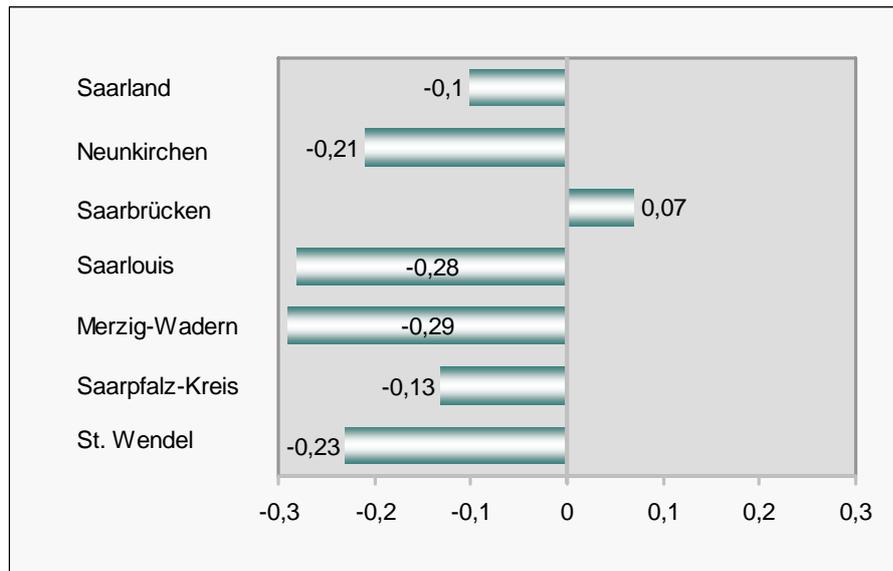
Karte 6: Qualifikationseffekte



4.5.2 Saarland

Der negative Qualifikationseffekt im Saarland (-0,10 Prozentpunkte) beruht auf einem Mangel an Hochqualifizierten. Der Beschäftigtenanteil der Hochqualifizierten lag hier im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 2001 mit 6,3 % unter allen westdeutschen Bundesländern am niedrigsten, während die mittleren Qualifikationsniveaus überrepräsentiert sind. Verantwortlich für den Akademikermangel im Saarland ist nicht eine zu schwache Besetzung der ‚bildungsrelevanten‘ Altersgruppen in der saarländischen Bevölkerung. Der Anteil der 5-25 Jährigen an der Landesbevölkerung entspricht in etwa dem westdeutschen Durchschnittswert. Daus (2001) gelangt vielmehr zu dem Ergebnis, dass der vergleichsweise frühzeitige Ausstieg vieler Jugendlicher aus dem allgemein bildenden Schulsystem eine mögliche Ursache für den Akademikermangel ist. Hinzu kommt, dass im Vergleich zum westdeutschen Durchschnitt (24,2 %) im Saarland ein geringerer Anteil unter den Schülern eines Jahrganges (22,4 %) die Hochschulreife erlangt und damit eine Studienberechtigung besitzt. Ausschlag gebend ist sicherlich die geringe Anzahl von Hochschulen sowie deren unzureichenden Ausbildungskapazitäten. In Relation zur Wirtschaftskraft und zur Bevölkerungszahl bildet das Saarland – sofern eine angemessene Bildungsbeteiligung unterstellt wird – zu wenig Studierende aus (Daus, 2001). Dies verdeutlicht ein Vergleich der Bildungskapazitäten im Hochschulbereich zwischen dem Saarland und dem Stadtstaat Bremen, der hinsichtlich der Bevölkerungszahl eine ähnliche Größenordnung aufweist. Im Saarland studierten im Wintersemester 2004/05 19,3 Tsd. Personen an insgesamt sechs Hoch- und Fachhochschulen. In Bremen waren in diesem Semester 34 Tsd. und damit erheblich mehr Studenten an ebenso vielen Hochschulen eingeschrieben.

Außerdem ist für das Saarland eine Abwanderung der Hochschulabsolventen in andere Bundesländer charakteristisch. Eine Studie der Kultusministerkonferenz (KMK), die das Mobilitätsverhalten von Studierenden im Zeitraum 1980 bis 2000 untersucht, weist für die saarländischen Hochschulen eine erheblich negative Wanderungsbilanz nach. Dies gilt insbesondere für die Fachhochschulen (KMK, 2001). Beispielsweise waren die jährlichen Wanderungsbilanzen der 25- bis 30 Jährigen Saarländer im Zeitraum 1993 bis 2004 mit Ausnahme der schwach positiven Salden in den Jahren 2001, 2002 und 2003 durchweg negativ. In der Summe verzeichnet das Saarland in dieser Altersgruppe im genannten Zeitraum 2,6 Tsd. mehr Fortzüge als Zuzüge. Möglicherweise ist das regionale Arbeitsplatzangebot im Vergleich zu anderen Großstadtreionen für Hochqualifizierte weniger vielseitig und bietet daher kaum attraktive Karrierechancen für junge Absolventen.

Abbildung 11: Qualifikationseffekt in Prozentpunkten

Nur in Saarbrücken (+0,07 Prozentpunkte) wirkt sich der Qualifikationseffekt (Abbildung 11) wegen der einseitigen Konzentration der Hochqualifizierten auf die Landeshauptstadt schwach positiv aus. Der Beschäftigtenanteil der Hochqualifizierten liegt hier mit 8,3 % am höchsten, zumal sich in Saarbrücken fast alle Wissenschaftsinstitutionen sowie öffentliche Verwaltungs- und Regierungsinstitutionen des Landes befinden. Gleichwohl sind Hochqualifizierte in der Stadt Saarbrücken im Vergleich zu anderen Kernstädten unterrepräsentiert. Neben den zuvor genannten allgemeinen Gründen für den Akademikermangel liegt hierfür eine weitere Ursache in dem lokalen Unterbesatz mit unternehmensnahen wissensintensiven Dienstleistungsbetrieben. Dieses Dienstleistungssegment zeichnete sich in der Vergangenheit – wie die Analyse des Brancheneffektes bereits gezeigt hat – durch eine hohe Beschäftigungsdynamik aus.

Im Unterschied zu den suburbanen Kreisen in westdeutschen Agglomerationsräumen wirkt sich der Qualifikationseffekt in den Umlandkreisen von Saarbrücken ungünstig auf das Beschäftigungswachstum aus. Hierunter schneidet der Saarpfalz-Kreis mit einem negativen Effekt schneidet in Höhe von -0,13 Prozentpunkten am ‚besten‘ ab, da der Akademikeranteil unter den Beschäftigten hier am zweithöchsten ausfällt. Dieser überproportionale Anteil steht vermutlich in Zusammenhang mit dem Universitätsklinikum in Homburg. In den anderen saarländischen Kreisen fällt der negative Qualifikationseffekt aufgrund der niedrigen Beschäftigtengewichte der Hochqualifizierten, die allesamt unter 5 % liegen, betragsmäßig noch weit höher aus.

4.6 Standorteffekte

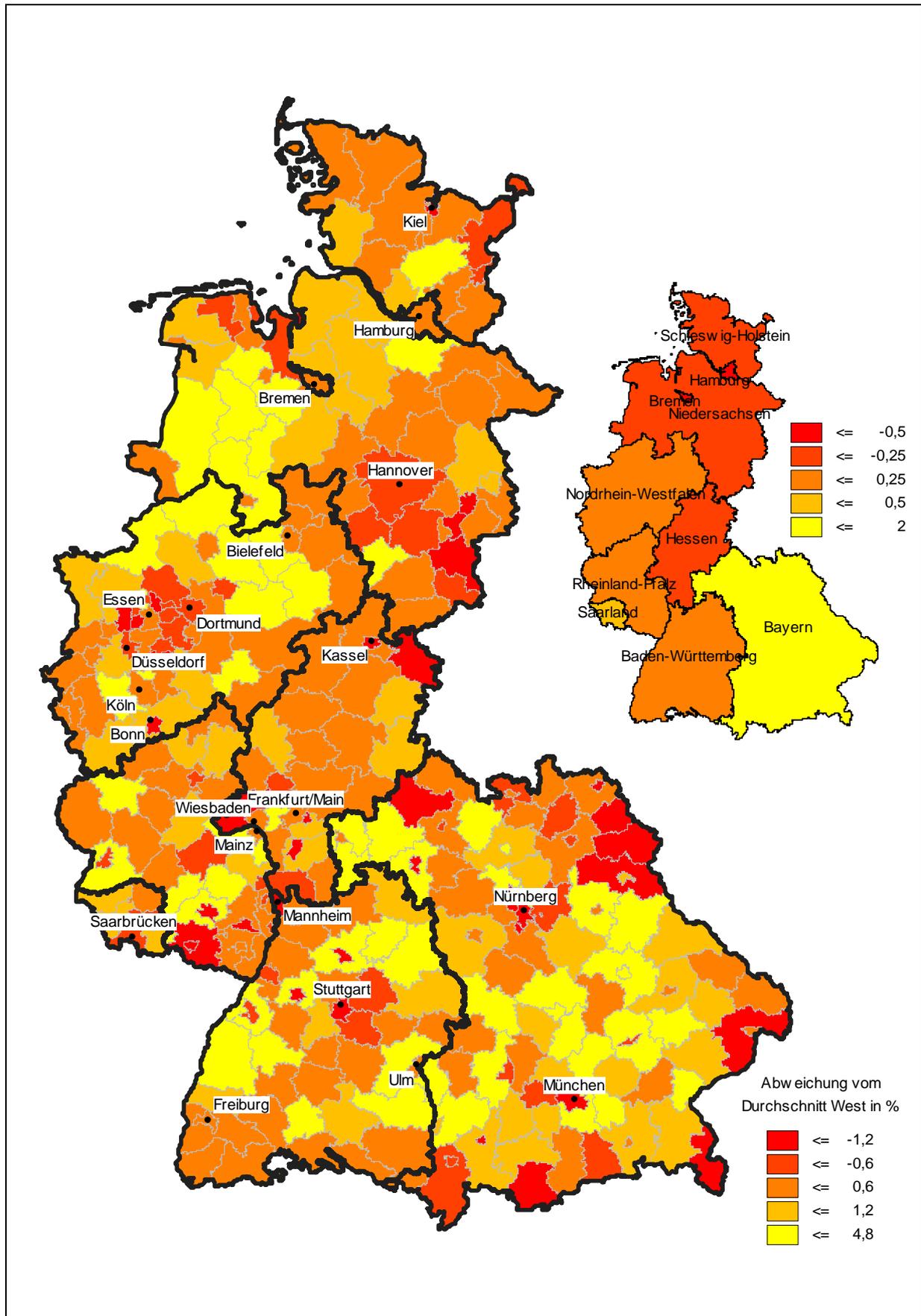
4.6.1 Regionaler Vergleich

Im Unterschied zu den zuvor diskutierten Effekten weist das Analysemodell für die regionalen Standortbedingungen die betragsmäßig höchsten Werte aus. Folglich leistet dieser Faktor den größten Erklärungsbeitrag zu den regional divergierenden Beschäftigtenentwicklungen. Auf der Länderebene zeigen die Standorteffekte ein deutliches Süd-Nord-Gefälle (Karte 7). Positive Standorteffekte verzeichnen Bayern (+0,53 Prozentpunkte), das Saarland (+0,40 Prozentpunkte) und Baden-Württemberg

(+0,18 Prozentpunkte). Offenbar begünstigen in diesen drei Ländern vorteilhafte Rahmenbedingungen das regionale Wachstum, aber vom Standorteffekt kann nicht auf die dahinter stehenden regionalen Standortfaktoren geschlossen werden. Nur für Bayern ergibt sich unter diesen drei Ländern ein signifikanter Effekt. Ausgeprägte negative Standorteffekte finden sich in Hessen (-0,25 Prozentpunkte), in Niedersachsen (-0,31 Prozentpunkte) und in Schleswig-Holstein (-0,33 Prozentpunkte).

Auf der Kreisebene treten wiederum die kleinräumigen Unterschiede zwischen den Zentren und ihren Umlandregionen hervor. Im Verbund mit den Stadtstaaten Hamburg (-0,70 Prozentpunkte) und Bremen (-1,72 Prozentpunkte) weisen die meisten anderen kreisfreien Städte ebenfalls äußerst negative Standorteffekte auf. Offenbar wirken hier verstärkt Agglomerationsnachteile, wie die verdichtungsbedingt hohen Ressourcenpreise, die ausgeprägte lokale Anbieterkonkurrenz und innerstädtische Flächenengpässe. Diese Kostenfaktoren verringern die betriebliche Standortrentabilität in den Kernstädten. Hingegen zeigen die Standorteffekte in den städtischen Umlandregionen ein disperses Muster; die Werte sind entweder positiv oder negativ. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die ausgeprägte kleinräumige Differenzierung der Standortbedingungen im suburbanen Raum. Diese kann als das Resultat der kommunalen Standortkonkurrenz gesehen werden, z. B. in den Bereichen Ansiedlungs- und Abgabepolitik. Anders als die Verdichtungsräume profitieren die ländlich geprägten Regionen in Westdeutschland größtenteils von positiven Standorteffekten für ihre regionale Entwicklung, z. B. im ländlichen Raum Bayerns und Niedersachsens. Nur vereinzelt lassen negative Effekte auf ungünstige Standortbedingungen in strukturschwachen Regionen schließen, z. B. in Oberfranken und in Südniedersachsen. Auch nur wenige der peripher gelegenen Regionen an der Nord- und Ostseeküste sowie am Alpenrand verzeichnen negative Standorteffekte.

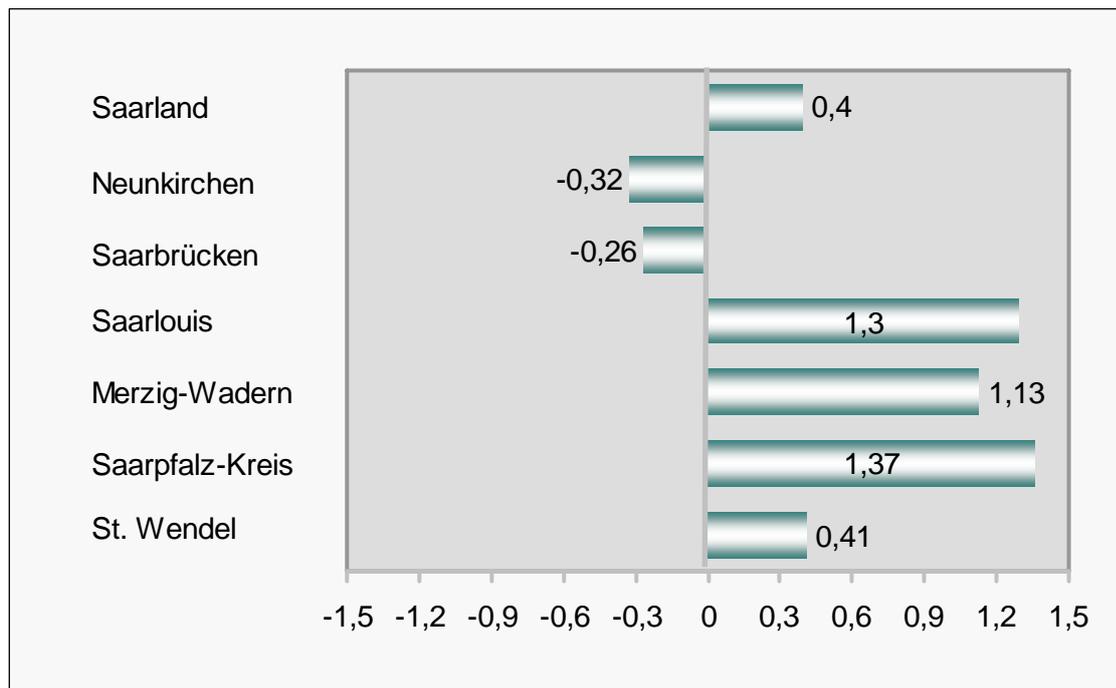
Karte 7: Standorteffekte



4.6.2 Saarland

Neben dem Lohneffekt leistet der Standorteffekt im Saarland (+0,40 Prozentpunkte) den wichtigsten Erklärungsbeitrag zum regionalen Beschäftigungswachstum im Beobachtungszeitraum. An dieser Stelle gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass das Analysemodell mit Ausnahme des Kreises Saarpfalz für alle anderen Kreise nur insignifikante Standorteffekte ausgibt. Deshalb ist der Standorteffekt mit Bedacht zu interpretieren. Da der Standorteffekt aber im Unterschied zu den anderen Effekten keine allgemeinen, sondern individuelle kreisspezifische Einflüsse auf das regionale Wachstum abbildet, werden die Ausprägungen dieses Effektes in den saarländischen Kreisen nun im Einzelnen betrachtet.

Abbildung 12: Standorteffekt in Prozentpunkten



Für die Kernstädte in westdeutschen Agglomerationsräumen ergibt sich ein negativer Standorteffekt (Abbildung 12). Gleiches gilt auch für die Stadt Saarbrücken. Daraus folgt, dass die Umfeldbedingungen in Saarbrücken offenbar einen ungünstigen Einfluss auf die Beschäftigtenentwicklung ausüben. Aber im Grunde genommen bieten Kernstädte für Betriebe ein vorteilhaftes Standortumfeld. Durch die hohe räumliche Konzentration von wirtschaftlichen Aktivitäten profitieren die Betriebe in den Ballungsräumen von Agglomerationsvorteilen in Gestalt von Urbanisations- und Lokalisationseffekten. Gleichfalls haben sie den Zugriff auf viele wichtige Inputs, z. B. auf einen Arbeitsmarkt mit einer Vielzahl an Qualifikationen und auf ein vielseitiges Dienstleistungsangebot. Außerdem erleichtert die räumliche Nähe zu Nachfragern, Kooperationspartnern und wissenschaftlichen Institutionen den Aufbau von geschäftlichen Kontakten. Im regionalen Vergleich wurde bereits angesprochen, dass aus dem zunehmenden Verdichtungsgrad nachteilige Wirkungen entstehen, die wiederum zu steigenden Standortkosten führen. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang höhere Ressourcenpreise und Abgaben (z. B. Gewerbesteuer) sowie ein Gewerbeflächenmangel. Im Fall von Saarbrücken lässt der negative Standorteffekt vermuten, dass in dieser Stadt die durch den hohen Verdichtungsgrad entstehenden Nachteile die Vorteile überwiegen. Aber diese Aussage bleibt eine Vermutung, da vom Standorteffekt nicht auf einzelne Rahmenbedingungen geschlossen werden kann.

Betragsmäßig liegen die Effekte in den Kreisen Saarpfalz (+1,37 Prozentpunkte) und Saarlouis (+1,30 Prozentpunkte) am höchsten. Da sie unmittelbar an Saarbrücken grenzen, profitieren sie möglicherweise durch ihre kleinräumige Lagegunst stärker von den Agglomerationseffekten der Landeshauptstadt. Eine Ausnahme bildet allerdings der Kreis Neunkirchen. Der negative Standorteffekt ist sogar stärker ausgeprägt als in Saarbrücken selbst und lässt ungünstige Rahmenbedingungen für die regionale Entwicklung vermuten. Dieser negative Modelleffekt kann auch als Ausdruck der lokalen Strukturprobleme von Neunkirchen gewertet werden. Betragsmäßig liegt der positive Standorteffekt von Merzig-Wadern (+1,13 Prozentpunkte) etwas höher als in St. Wendel (+0,41 Prozentpunkte), aber insgesamt deutlich niedriger als im Saarpfalz-Kreis und in Saarlouis. Möglicherweise profitiert Merzig-Wadern von seiner Lage entlang der verdichteten und verkehrsmäßig gut erschlossenen Saarschiene und den daraus resultierenden Agglomerationsvorteilen. Demgegenüber ist St. Wendel nicht über eine solche Achse an den Verdichtungsraum Saarbrücken angebunden. Der Standorteffekt zeigt also für das Saarland recht gut die divergierenden regionalen Rahmenbedingungen zwischen den Zentren und ihrem Umland. Nur Neunkirchen bildet – wie dies bereits auch bei anderen Modelleffekten der Fall war – aufgrund des problembehafteten Strukturwandels wiederum eine Ausnahme.

5 Zusammenfassende Schlussfolgerungen

In den letzten 40 Jahren durchlebte das Saarland einen tief greifenden Strukturwandel. Dennoch fallen die Beschäftigungsquoten des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors im Vergleich zu den Referenzquoten der westdeutschen Gesamtwirtschaft noch leicht über- bzw. unterdurchschnittlich aus. Andere Regionen, in denen ebenfalls Krisen in traditionellen Industriebranchen stattfanden, haben auch einen forcierten strukturellen Wandel erlebt. Hierbei handelt es sich um ehemalige Zentren der Montan-, Textil- und Chemieindustrie, z. B. Ruhrgebiet, Bremen, Ludwigshafen/Mannheim oder das Bergische Land. In diesen früheren Industrieregionen hat sich neben einer diversifizierten industriellen Basis, die sich auf moderne nachgelagerte Industriebranchen (z. B. Fahrzeug-, Maschinenbau und Kunststoffchemie) stützt, auch eine dienstleistungsorientierte Wirtschaft herausgebildet. Mittlerweile arbeiten rund zwei Drittel aller Beschäftigten in den betroffenen Regionen im tertiären Sektor. Im Saarland ist die Beschäftigung im Zeitraum 1993 bis 2001 durchschnittlich um 0,07 % pro Jahr angewachsen. Zwar reicht diese Wachstumsrate nicht an das Niveau der dynamischen Agglomerationszentren München, Bonn oder Köln heran, die sogar seit Ende der 1990er Jahre eine ‚Renaissance‘ als urbane Wirtschaftsstandorte (*urban revival*) erleben. Aber die Wachstumsrate des Saarlandes liegt deutlich über den Zuwächsen anderer ehemaliger Industriezentren (z. B. Ruhrgebiet). Diese Länderstudie hat gezeigt, dass der Strukturwandel als alleiniger Erklärungsfaktor für den wirtschaftlichen Erfolg des Saarlandes nicht greift. Vielmehr konnten verschiedene Faktoren identifiziert werden, die das Beschäftigungswachstum begünstigt bzw. gehemmt haben.

Es stellte sich heraus, dass die branchenstrukturelle Zusammensetzung der saarländischen Wirtschaft nicht von Vorteil für die regionale Entwicklung in den 1990er Jahren war. Verantwortlich hierfür ist die immer noch starke Präsenz von traditionellen Industriebranchen mit rückläufigen Beschäftigungszahlen (z. B. Bergbau, Stahlindustrie, Keramik-/Glasindustrie). Die einzige Branche mit expansiver Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe ist die Automobilindustrie, die sich seit der Strukturkrise der 1970er und 1980er Jahre zum wichtigsten Standbein der Saar-Wirtschaft entwickelt hat. Trotz der stärkeren Diversifikation im Verarbeitenden Gewerbe sind die ‚neuen‘ Saar-Industrien, der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Metallverarbeitung, der Stahlindustrie nachgelagert und

daher eng mit dem traditionellen Kernbereich der regionalen Wirtschaft verbunden. Das Beschäftigungswachstum im Saarland beruht vorrangig auf der dynamischen Entwicklung mehrerer Dienstleistungsbranchen (z. B. unternehmensnahe Dienste, Finanzwesen, Gastgewerbe). Aber diese Wachstumsbranchen sind nicht so stark repräsentiert wie in Westdeutschland insgesamt und tragen deshalb nur unterdurchschnittlich zum Wachstum bei. Bei vielen Industriebetrieben handelt es sich um ‚verlängerte Werkbänke‘ mit ausführenden Tätigkeiten. Deshalb existiert im Saarland offenbar eine geringere Nachfrage für auf Unternehmen zugeschnittene Dienste, was z. B. den Unterbesatz von unternehmensnahen Dienstleistungen erklärt. Diese zählen zu den wichtigsten Wachstumsträgern der Saar-Wirtschaft.

Zwar haben kleinere und mittlere Betriebe zu Lasten der Großbetriebe inzwischen eine wesentlich größere beschäftigungspolitische Bedeutung im Saarland erlangt. Diese Gewichtsverlagerung beruht u. a. auf dem hohen Gründungsaufkommen in den 1990er Jahren. Gleichwohl fällt der Beschäftigtenanteil der mittleren Betriebe, die sich aufgrund ihres hohen Wachstums als besonders beschäftigungswirksam erwiesen haben, im Saarland nur unterdurchschnittlich aus. Da die wichtigsten Saar-Industrien vorwiegend großbetrieblich strukturiert sind, wird der regionale Arbeitsmarkt durch Großbetriebe dominiert. Daher wirkte sich die Betriebsgrößenstruktur negativ auf das regionale Wachstum aus. Dennoch bleibt zu berücksichtigen, dass die lokalen Großbetriebe wiederum wichtige Andockstationen für kleinere und mittlere Firmen bilden.

Das Saarland ist der einzige westdeutsche Agglomerationsraum, in dem sich aufgrund der unzureichenden Ausstattung mit hochqualifizierten Beschäftigten ein negativer Qualifikationseffekt einstellt, der sich dämpfend auf die regionale Beschäftigung ausgewirkt hat. Verantwortlich für den Akademikermangel sind neben den unzureichenden Ausbildungskapazitäten im Hochschulbereich vor allem die hohen Abwanderungsquoten der Hochschulabsolventen, da attraktive Erwerbsalternativen in der Region fehlen. Dabei ist die Schaffung hochwertiger und dauerhafter Arbeitsplätze ein langfristiges Förderziel der saarländischen Strukturpolitik. Diese Zielsetzung wurde erfolgreich im Rahmen der Standortprofilierung in wissens- und forschungsintensiven Technologie- und Wirtschaftsbereichen umgesetzt. Die in diesen Nischensegmenten entstandenen qualifizierten Beschäftigungsverhältnisse schlagen aber zahlenmäßig nicht durch. Der Schwerpunkt der produzierenden Zweigbetriebe liegt im Saarland in ausführenden Funktionen. Es mangelt an komplementären wissens- und fue-intensiven Wirtschaftstätigkeiten zu den bestehenden Produktionskapazitäten. Umgekehrt entsteht durch den Akademikermangel für das Saarland ein qualitatives Strukturdefizit, da Betriebe, die auf ein vielseitiges regionales Angebot von Hochqualifizierten angewiesen sind, in anderen Verdichtungsräumen bessere Rahmenbedingungen vorfinden. Ungeklärt bleibt die Frage, wie dieser *circulus vitiosus* aufgebrochen werden kann. Zumal die Qualität der verfügbaren Humanressourcen mittlerweile zu einem strategischen Faktor im regionalen Wettbewerb geworden ist, da die Bedeutung von Wissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen für die betrieblichen Wertschöpfungsaktivitäten stark zugenommen hat.

Für einen westdeutschen Agglomerationsraum fällt das Lohnniveau im Saarland sehr niedrig aus. Gleichwohl ist ein niedriges Lohnniveau für Regionen, die in der Vergangenheit einen tief greifenden Strukturwandel erlebt haben, wiederum charakteristisch. Der durch die Wirtschaftskrise regionaler Leitbranchen ausgelöste Strukturwandel wird durch die Bereitschaft der Beschäftigten für Lohnsenkungen unterstützt. Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit übt einen zusätzlichen Druck auf das regionale Lohnniveau aus. Ein weiterer lohnsenkender Effekt ergibt sich aus der Grenzlage des Saarlandes. Im benachbarten französischen Lothringen ist das Lohnniveau niedriger. Da saarländische Unterneh-

men ihre Mitarbeiter auch aus der französischen Nachbarregion rekrutieren, drücken die niedrigeren Lohnansprüche der Lothringer auf das saarländische Lohnniveau.

Nicht nur die Beschäftigungs-, sondern auch die Arbeitslosenzahlen haben in den 1990er Jahren zugenommen. Zugleich ist die Zahl der Berufspendler aus dem benachbarten Lothringen stark angewachsen. Einerseits pendeln immer mehr deutsche Arbeitskräfte, die ihren Wohnsitz nach Frankreich verlegt haben, ins Saarland (,eigene' Einpendler). Andererseits sind die wachsenden Zahlen französischer Berufspendler ein Hinweis darauf, dass das Saarland für sie ein attraktiver Arbeitsmarkt ist und sie besonders von dem regionalen Beschäftigungszuwachs profitiert haben.

Die saarländischen Betriebe können aufgrund der niedrigeren Inputkosten für den Produktionsfaktor Arbeit relativ günstiger produzieren. Dadurch entstehen für sie Preisvorteile und verbesserte Absatzmöglichkeiten. Die niedrigeren Standortkosten erhöhen aber auch die Attraktivität des Saarlandes als Ansiedlungsstandort für externe Unternehmen. Diese aus dem niedrigen Lohnniveau resultierenden Kostenvorteile sind derart bedeutsam, dass sie den Hauptgrund für den wirtschaftlichen Erfolg des Saarlandes in den 1990er Jahren bilden. Da die Arbeitslosigkeit sich trotz des regionalen Wachstums nicht verringert hat, steht zu erwarten, dass die lohnbedingten Standortvorteile den regionalen Betrieben zumindest kurzfristig weiterhin erhalten bleiben.

Anhang

Tabelle-A 1: Effekte in den Bundesländern und in den Kreisen des Saarlandes

Bundesland	Empirisches jährliches Be- schäftigungs- wachstum [%]	Effekte				
		Branche	Lohn	Qualifikation	Betriebs- größe	Standort
Baden- Württemberg	-0,21	-0,07	-0,14	0,09	-0,05	0,18
Bayern	0,15	-0,04	-0,07	0,03	0	0,53
Bremen	-1,00	0,41	0,22	0,13	-0,25	-1,72
Hamburg	-0,38	0,81	-0,24	0,25	-0,33	-0,70
Niedersachsen	-0,13	-0,03	0,15	-0,13	0,16	-0,32
Hessen	-0,19	0,29	-0,05	0,18	-0,11	-0,25
Nordrhein- Westfalen	-0,37	-0,12	0,08	0,02	-0,07	-0,07
Rheinland-Pfalz	-0,24	-0,25	0,13	-0,11	0,10	-0,05
Schleswig- Holstein	-0,22	0,08	0,05	-0,14	0,37	-0,33
Saarland	0,07	-0,17	0,61	-0,10	-0,18	0,40
Merzig-Wadern	0,39	-0,25	0,01	-0,29	-0,05	1,13
Neunkirchen	-0,64	-0,28	0,77	-0,21	0,18	-0,32
Saarlouis	0,38	-0,55	0,80	-0,28	-0,23	1,30
Saarpfalz-Kreis	0,68	0,03	0,53	-0,13	-0,36	1,37
St. Wendel	0,89	-0,08	0,35	-0,23	-0,08	0,41
Stadtverband Saarbrücken	-0,28	-0,06	0,66	0,07	-0,22	-0,26

Die Effekte sind als Abweichung vom westdeutschen Durchschnitt berechnet.
Von den Standorteffekten ist nur derjenige des Saarpfalz-Kreises signifikant ($t=1,83$).

Tabelle-A 2: Prozentuale Beschäftigtenanteile der Wirtschaftszweige in den Kreisen des Saarlandes

Wirtschaftszweige	Landkreis Saarlouis			Saar-Pfalz-Kreis		
	1993	2001	Abweichung ¹	1993	2001	Abweichung ¹
Primärer Sektor	7,28	7,52	2,35	2,75	2,08	-3,09
Land-/Forstwirtschaft	0,32	0,43	0,01	0,33	0,39	-0,03
Energiewirtschaft	1,01	0,58	-0,80	1,74	1,18	-0,20
Bergbau	4,88	5,73	2,78	0,06	0,06	-2,89
Steine/Erden	1,07	0,78	0,36	0,62	0,45	0,03
Verarbeitendes Gewerbe	51,06	46,93	8,49	54,74	51,11	12,67
Chemische Industrie	0,40	0,45	-0,20	0,96	0,39	-0,26
Gummi-/Kunststoff	0,75	1,27	-0,71	5,80	4,32	2,34
Feinkeramik/Glas	0,22	0,16	-0,99	0,51	0,22	-0,93
Metallerz./-verarbeitung	18,22	16,05	8,04	9,61	6,57	-1,44
Maschinenbau	2,02	2,90	-0,95	9,08	9,67	5,82
Fahrzeugbau	13,20	13,20	4,46	12,17	17,28	8,54
Elektrotechnik	3,52	3,40	-0,07	2,25	2,23	-1,24
Schmuck/Spielwaren	0,01	0,01	-0,02	0,01	0,02	-0,01
Holzgewerbe	0,76	0,50	-0,31	1,01	0,82	0,01
Papier/Druck	0,56	0,42	-0,36	0,64	0,48	-0,30
Leder/Textil	0,88	0,34	0,06	0,32	0,17	-0,11
Ernährung/Tabak	3,89	2,99	0,39	4,32	2,94	0,34
Baugewerbe	6,63	5,24	-0,85	8,06	6,00	-0,09
Tertiärer Sektor	41,67	45,53	-10,85	42,48	46,79	-9,59
Handel	14,33	13,51	0,08	12,04	12,11	-1,32
Verkehr/Nachrichten	3,46	4,61	0,27	3,43	3,25	-1,09
Kredit/Versicherung	2,30	2,21	-1,45	2,13	2,38	-1,28
Gastgewerbe	1,44	1,63	-0,24	1,58	1,65	-0,22
Gesundheits-/Sozialwesen	6,85	8,07	-2,56	12,49	12,57	1,94
Unternehmensnahe Dienstleistungen	3,64	6,11	-4,49	2,92	6,60	-4,00
Erziehung/Unterricht	2,05	2,30	-0,65	2,67	3,58	0,63
Freizeitbezogene Dienstleistungen	0,27	0,29	-0,64	0,23	0,20	-0,73
Haushaltsbezogene Dienstleistungen	0,86	0,73	0,01	0,66	0,54	-0,18
Gesellschaftsbezogene Dienstleistungen	0,65	1,22	-0,59	0,55	0,56	-1,25
Gebietskoerp./Soz.-vers.	5,82	4,85	-0,59	3,78	3,35	-2,09
Gesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	

¹ Abweichung des Beschäftigtenanteils im Kreis vom durchschnittlichen Branchenanteil im Saarland in 2001.

Fortsetzung Tabelle A 2

Wirtschaftszweige	Landkreis Merzig – Wadern			Landkreis Neunkirchen		
	1993	2001	Abweichung ¹	1993	2001	Abweichung ¹
Primärer Sektor	10,43	9,09	1,29	10,75	5,52	-2,28
Land-/Forstwirtschaft	0,79	0,87	0,45	0,40	0,67	0,25
Energiewirtschaft	0,35	0,34	-1,04	0,53	0,86	-0,52
Bergbau	0,23	0,31	-0,11	0,35	0,28	-0,14
Steine/Erden	0,00	0,00	-2,95	6,26	0,06	-2,89
Verarbeitendes Gewerbe	0,99	0,21	-0,44	2,34	2,75	2,10
Chemische Industrie	8,07	7,36	5,38	0,87	0,90	-1,08
Gummi-/Kunststoff	44,93	38,68	2,87	41,84	38,59	2,78
Feinkeramik/Glas	18,40	13,88	12,73	0,00	0,00	-1,15
Metallerz./-verarbeitung	2,73	2,07	-5,94	7,74	8,01	0
Maschinenbau	4,31	5,22	1,37	3,08	3,17	-0,68
Fahrzeugbau	1,61	1,99	-6,75	6,12	7,96	-0,78
Elektrotechnik	3,61	1,77	-1,70	6,17	4,47	1,00
Schmuck/Spielwaren	0,04	0,01	-0,02	0,00	0,00	-0,03
Holzgewerbe	2,57	2,58	1,77	1,25	0,80	-0,01
Papier/Druck	0,62	0,60	-0,18	1,16	1,26	0,48
Leder/Textil	0,10	0,10	-0,18	0,82	0,08	-0,20
Ernährung/Tabak	2,07	2,12	-0,48	3,40	2,61	0,01
Baugewerbe	8,87	8,34	2,25	12,10	10,23	4,14
Tertiärer Sektor	44,64	52,25	-4,13	47,4	55,89	-0,49
Handel	12,75	15,58	2,15	13,47	14,93	1,50
Verkehr/Nachrichten	4,53	3,89	-0,45	2,86	3,39	-0,95
Kredit/Versicherung	2,45	2,43	-1,23	2,67	2,77	-0,89
Gastgewerbe	1,59	2,76	0,89	1,62	1,70	-0,17
Gesundheits-/Sozialwesen	11,39	12,68	2,05	11,61	15,96	5,33
Unternehmensnahe Dienstleistungen	3,15	5,16	-5,44	4,41	5,93	-4,67
Erziehung/Unterricht	2,06	2,49	-0,46	2,22	2,17	-0,78
Freizeitbezogene Dienstleistungen	0,33	0,41	-0,52	0,75	0,51	-0,42
Haushaltsbezogene Dienstleistungen	0,69	0,68	-0,04	1,04	0,90	0,18
Gesellschaftsbezogene Dienstleistungen	1,17	1,31	-0,50	2,01	1,45	-0,36
Gebietskoerp./Soz.-vers.	4,53	4,86	-0,58	4,74	6,18	0,74
Gesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	

¹ Abweichung des Beschäftigtenanteils im Kreis vom durchschnittlichen Branchenanteil im Saarland in 2001.

Fortsetzung Tabelle A 2

Wirtschaftszweige	Landkreis St. Wendel			Stadtverb. Saarbrücken		
	1993	2001	Abweichung ¹	1993	2001	Abweichung ¹
Primärer Sektor	1,53	1,43	-3,74	11,52	7,35	2,18
Land-/Forstwirtschaft	0,48	0,51	0,09	0,21	0,27	-0,15
Energiewirtschaft	0,41	0,51	-0,87	3,35	2,24	0,86
Bergbau	0,00	0,00	-2,95	7,61	4,53	1,58
Steine/Erden	0,64	0,41	-0,01	0,35	0,31	-0,11
Verarbeitendes Gewerbe	48,39	43,09	4,65	32,08	26,71	-11,73
Chemische Industrie	0,21	0,14	-0,51	0,48	0,51	-0,14
Gummi-/Kunststoff	0,33	0,37	-1,61	1,13	0,85	-1,13
Feinkeramik/Glas	0,00	0,00	-1,15	0,01	0,00	-1,15
Metallerz./-verarbeitung	6,85	5,88	-2,13	8,59	6,50	-1,51
Maschinenbau	2,01	2,03	-1,82	2,53	2,14	-1,71
Fahrzeugbau	6,20	3,61	-5,13	5,50	5,63	-3,11
Elektrotechnik	15,07	14,43	10,96	2,77	2,47	-1,00
Schmuck/Spielwaren	0,01	0,03	0,00	0,07	0,04	0,01
Holzgewerbe	2,24	1,41	0,60	0,87	0,53	-0,28
Papier/Druck	0,34	0,14	-0,64	1,46	1,08	0,30
Leder/Textil	0,31	0,20	-0,08	0,67	0,39	0,11
Ernährung/Tabak	4,79	7,31	4,71	2,08	1,70	-0,90
Baugewerbe	10,03	7,54	1,45	5,92	4,87	-1,22
Tertiärer Sektor	50,08	55,47	-0,91	55,39	65,92	9,54
Handel	11,60	13,11	-0,32	13,35	13,20	-0,23
Verkehr/Nachrichten	2,51	2,99	-1,35	5,45	5,16	0,82
Kredit/Versicherung	3,24	3,00	-0,66	5,27	5,33	1,67
Gastgewerbe	2,05	2,52	0,65	1,72	1,85	-0,02
Gesundheits-/Sozialwesen	8,14	10,79	0,16	8,21	9,32	-1,31
Unternehmensnahe Dienstleistungen	5,88	8,45	-2,15	7,77	16,57	5,97
Erziehung/Unterricht	1,16	2,02	-0,93	2,95	3,39	0,44
Freizeitbezogene Dienstleistungen	0,31	0,27	-0,66	1,62	1,79	0,86
Haushaltsbezogene Dienstleistungen	1,58	1,60	0,88	0,69	0,63	-0,09
Gesellschaftsbezogene Dienstleistungen	1,43	1,47	-0,34	2,45	2,79	0,98
Gebietskoerp./Soz.-vers.	12,18	9,25	3,81	6,91	5,89	0,45
Gesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	

¹ Abweichung des Beschäftigtenanteils im Kreis vom durchschnittlichen Branchenanteil im Saarland in 2001.

Literatur

- Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.) (2003): *AK-Infodienst für Betriebs- und Personalräte. Daten 2003 zur wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*. Saarbrücken.
- Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2005): *Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 für die Bundesländer*, Stuttgart. (<http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis-VGR>).
- Bade, F. (1990): *Die Stellung des Saarlandes im wirtschaftlichen Strukturwandel der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Jg. 34, S. 195-207.
- Bathelt, H.; Glückler, J. (2002): *Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive*. Stuttgart: UTB.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): *Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005*. Gütersloh.
- Beyer, R.; Böttcher, M.; Waldhausen-Apfelbaum, J. 2004: *Die Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg und Rhein Ahr Campus als Instrumente im regionalen Strukturwandel*. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Jg. 48, S. 196-213.
- Blien, U. (2003): *Die Lohnkurve. Auswirkungen der regionalen Arbeitslosigkeit auf das Lohnniveau*. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 36, S. 439-160.
- Brücher, W. (2005): *Grenzraum Saar-Lor-Lux – eine Modellregion in Europa*. www.deuframat.de.
- Bucher, H.; Schlömer, C.; Lackmann, G. (2004): *Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020*. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 3-4, S. 107-126.
- Daug, R. (2001): *Werden Akademiker im Saarland Mangelware?* In: *Saarbrücker Hefte*, Nr. 86, S. 46-50.
- Dörrenbächer, P.; Schulz, C. (2002): *Cross-border production systems and cross-border corporate cultures?* In: *Die Erde*, Jg. 133, S. 3-17.
- Dörrenbächer, P.; Schulz, C. (2005): *Wirtschaftsbeziehungen im saarländisch-luxemburgischen Raum*. www.deuframat.de.
- Fritsch, M. (2003): *Von der innovationsorientierten Regionalförderung zur regionalisierten Innovationspolitik*. (= Freiburger Working Papers, Nr. 6/2003). TU Bergakademie Freiberg.
- Fritsch, M.; Brixy, U.; Niese, M.; Otto, A. (2004): *Gründungen in Städten*. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Themenheft ‚Urbane Ökonomien‘, Jg. 48, S. 182-195.
- Geppert K.; Gornig, M. (2003): *Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins*. (= Wochenberichte des DIW, Nr. 26/03), Berlin.
- Grabher, G. (Hrsg.) (1993): *The embedded firm. On the socioeconomics of industrial networks*. London: Routledge.
- Greuer, H. G. (2004): *Vom Nutzen der 'old economy' für die Regional- und Strukturpolitik - oder von den verschwiegenen Chancen des Industriebesatzes beim Standortwettbewerb*. In: *iso-Mitteilungen* Nr. 3/2004, S. 21-38.
- Grömling, M.; Lichtblau, K.; Weber, A. (1998): *Industrie und Dienstleistungen im Zeitalter der Globalisierung*. Köln: Dt.-Inst.-Verlag.

- Haas, A.; Möller, J. (2001): *Qualifizierungstrends und regionale Disparitäten. Eine Untersuchung auf Grundlage der IAB-Regionalstichprobe aus der Beschäftigtenstatistik*. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 34, S. 139-151.
- IHK Saarland (2005): *Der saarländische Patient – November 2000*. <http://www.ihk-saarland.de/ihk/positionen/gesundheitspolitik1.htm> vom 22.02.2005.
- isoplan (Insitut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialforschung) (2002): *Regionalwirtschaftliche Bedeutung des Steinkohlenbergbaus im Saarland*. Saarbücken, Berlin, Brüssel.
- Iwd – Institut der deutschen Wirtschaft (2004): *Automobilindustrie. Vom Netz profitieren*. Pressemitteilung vom 17.11.2004. Köln.
- Krätker, S. (2004): *Globale Ökonomien in Deutschland*. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 48, S. 146-163.
- Krugman, P. (1991): *Geography and Trade*. Cambridge (MA): MIT Press.
- Kulturministerkonferenz (KMK) (2001): *Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1980 bis 2000*. Bonn.
- Martin, R., Sunley, P. (2003): *Deconstructing Clusters: Chaotic Concept or Policy Panacea?*. In: Journal of Economic Geography, vol. 3, S. 5-35.
- Matthäi, I. (2004): *Cross-border networking in the Saar-Lor-Lux-Region? Risks and opportunities of regional economic policies*. In: International Journal of Technology Management, Vol. 27, No. 5: 498-512.
- Meusburger, P.; Fassmann, H. (1997): *Arbeitsmarktgeographie*. Stuttgart: B.G. Teubner.
- Miehe-Nordmeyer, G. (2001): *Ökonomische Anpassung an Schocks: Das Beispiel der Regionen Saarland, Lothringen und Luxemburg*. (= Europäische Hochschulschriften (V), Bd. 2707), Berlin, Bern u. a.: Peter Lang.
- Otto, A. (2004): *Räumliche Strukturen von Gründungen und Stilllegungen in Deutschland*. In: Fritsch, M.; Grotz, R. (Hrsg.): *Empirische Analysen des Gründungsgeschehens in Deutschland*. Heidelberg: Physica, S. 59-84.
- Ramm, M. (1999): *Saarländer im grenznahen Lothringen. "Invasion" oder Integration*. In: Geographische Rundschau, Jg. 51, S. 110-115.
- Reindl, J. (2005): *Cluster-Inszenierungen. Wie sich eine Region um den Verstand bringt*. Vortrag auf dem Sommerseminar der Gesellschaft für Regionalforschung am 24. Juni 2005, Weimar.
- Saarländische Landesregierung (Hrsg.) (2004): *Innovationsstrategie für das Saarland. Zwischenbilanz 2004*. Saarbrücken.
- Scherer, R.; Bieger, T. (2003): *Clustering – das Zauberwort der Wirtschaftsförderung*. (= Beiträge zur Regionalwirtschaft, 5). Bern, Stuttgart, Wien: Haupt.
- Schnur, P. (1999): *Arbeitslandschaft 2010 – Teil 1. Dienstleistung auf industriellem Nährboden. Gesamtwirtschaftliche und sektorale Entwicklung*, (= IAB-Kurzbericht Nr. 9/1999). Nürnberg.
- Schröder, H.; Nink, K. (2002): *Benchmarking von Arzneimittelausgaben*. Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO). Bonn.
- Statistisches Landesamt Saarland et al. (Hrsg.) (2002): *Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie*. Statistische Kurzinformationen 2002. Saarbrücken.

- Statistisches Landesamt Saarland (2004): *Die saarländische Wirtschaft 2004*. Saarbrücken.
- Sternberg, R. (1999): *Innovative Netzwerke und Regionalentwicklung*. In: Akademie für Raumplanung und Landesforschung (Hrsg.): *Europäische Einflüsse auf die Raum- und Regionalentwicklung am Beispiel des Naturschutzes, der Agenda 2000 und des regionalen Milieus*. (= Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 257). Hannover, S. 78-104.
- Thomi, W.; Werner, R. (2001): *Regionale Innovationssysteme. Zur territorialen Dimension von Wissen und Innovation*. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Jg. 45, S. 202-218.
- Techniker Krankenkasse (2004): *Gesundheitsreport 2004*. (= Veröffentlichungen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement der TK, Bd. 6). Hamburg.
- ZAV (Zentrale für Arbeitsvermittlung) (2005): *IT-Experten, Aufschwung beginnt*. Bonn.

Impressum

IAB regional. IAB Rheinland-Pfalz-Saarland
Nr. 02 / 2005

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Weddigenstr. 20-22
D-90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Forschungsberichtes
unter:

http://doku.iab.de/regional/RPS/2005/regional_rps_0205.pdf

IAB im Internet

<http://www.iab.de>

Rückfragen zum Inhalt an

Anne Otto, Tel. 0681/849 207,
oder e-Mail: anne.otto@iab.de

ISSN 1861 – 1540